WAHLEN ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT 2019:
Der Weg zu paritätischer Demokratie in Europa

von A. Irigoien

NOVEMBER 2018

Ein Strategiepapier vorgelegt von

G5+♀
Gender five plus

Gleichstellung
weiterdenken

Gefördert mit Mitteln der Geschäftsstelle:
Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm
der Senatsverwaltung für Gesundheit,
Pflege und Gleichstellung Berlin.

G5+♀
Gender five plus

Wahlen zum Europäischen Parlament 2019: der Weg zu paritätischer Demokratie in Europa

Verfasst von A. Irigoien

Ein Strategiepapier – vorgelegt von Gender five plus

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung 3

Teil I – Warum ist paritätische Demokratie wichtig für die EU? 4

1. Verantwortung für die Werte der EU 5
2. Stärkung der Demokratie in der EU 6
   a. Thematisierung des demokratischen Defizits 6
   b. Stärkung der Vielfalt von Frauen 7
   c. Herausforderung durch Populismus 7
3. Strategische Vorteile von paritätischer Demokratie 8

Teil II – Warum sind die EU und paritätische Demokratie wichtig für Frauen? 10

1. Was hat die EU für Geschlechtergleichstellung getan? 10
2. Aktionen auf EU-Ebene 12
   a. Was wäre ohne Aktionen auf EU-Ebene geschehen? 12
   b. Vorteile von EU-Aktionen 13
3. Was hätte die EU besser machen können? 14
   a. Gender Mainstreaming 14
   b. Antwort auf die Wirtschaftskrise von 2008 15

Teil III – Warum ist das Geschlechterverhältnis wichtig für die Entscheidungsprozesse im EP und in der EU? 17

1. Unterrepräsentanz von Frauen in Entscheidungsprozessen 17
   a. Fortdauernde Geschlechterungleichheiten in Entscheidungsprozessen 17
   b. Unterrepräsentanz von Frauen in EU-Entscheidungsprozessen 19
2. Der derzeitige Stand: Frauen in der EU 19
   a. Weibliche EP-Abgeordnete 19
   b. Die Rolle von Frauen im EP 20
3. Wie können wir Geschlechterausgeglichenheit erreichen? 21
   a. Geschlechterquoten 22
   b. Wahlsystem 23
   c. Die Rolle politischer Parteien und ihre Wertvorstellungen 23

d. Erhöhung der Anzahl von Kandidatinnen 24
e. Faire Darstellung in den Medien 25
4. Teilnahme an Wahlen zum EP 25
a. Geschlechterunterschiede in der Wahlbeteiligung 26
b. Geringeres EU-Interesse von Frauen als von Männern 27

Teil IV – Herausforderungen und Chancen im Zusammenhang mit den EP-Wahlen 2019 und darüber hinaus 28
a. Erstarken des Populismus und der extremen Rechte 28
b. Geschlechterstereotype und Frauen in der Politik 30
2. Chancen 32
a. Verpflichtungen der EU 32
b. Neue Geschlechterquoten 35
c. Zivilgesellschaftliche Bewegungen 36

Wie sieht die Zukunft für Europa aus? 36

EINIGE EMPFEHLUNGEN 37

EINLEITUNG

Seit ihrer Gründung hat sich die Europäische Union (EU) zum Ziel gesetzt, schrittweise ein soziales Europa zu errichten. Eines ihrer Ziele war die Beendigung der Diskriminierung von Frauen und die Förderung der Geschlechtergleichstellung in Europa und über seine Grenzen hinaus. Gleichzeitig hat die EU kontinuierlich ihre Demokratie gefestigt. Das Europäische Parlament (EP) hat sich von einer beratenden Versammlung hin zu einem Ko-Gesetzgeber[1] entwickelt, was zu mehr Demokratie in der EU geführt hat. Die EU ist heute eine Demokratie, die Männern und Frauen gleiche formale Rechte gewährt. Ungeachtet dessen bestehen eklatante Geschlechterungleichheiten in Europa fort. Obwohl die Hälfte der Bevölkerung weiblich ist, sind Frauen in Führungs- und Entscheidungspositionen in den meisten Bereichen systematisch unterrepräsentiert. Das trifft auch auf das Europäische Parlament, die demokratisch legitimierte Institution par excellence, zu.

Da die EU vor neuen und alten Herausforderungen steht, ist es geboten, darüber nachzudenken, was die EU tun muss, um ihre Legitimität zu stärken und ihre demokratischen Grundlagen zu wahren. Paritätische Demokratie, die erstmals in den frühen neunziger Jahren auf der Tagesordnung der EU-Agenda stand[2], ist ein nächster notwendiger Schritt des Europäischen Projektes, um Demokratie zu stärken und wirksame und nachhaltige Geschlechtergleichstellung zu sichern.

Im Unterschied dazu, was viele denken mögen, beschränkt sich das Konzept der paritätischen Demokratie nicht darauf, den Anteil der Frauen in Politik, in Führungspositionen und in demokratischen Gremien zu erhöhen. **Paritätische Demokratie bedeutet einen Wandel unseres Demokratieverständnisses, der politischen Kultur und der Strukturen.** Sie ist ein echtes Bekenntnis zur Gleichstellung von Frauen und Männern als grundlegendes Prinzip unseres demokratischen Systems.

Paritätische Demokratie ist gleichzeitig ein Konzept und ein Ziel, das den gleichen Wert von Frauen und Männern anerkennt, aber auch ihre gleiche Würde und ihre Pflicht, Rechte und Verantwortung zu teilen – frei von Vorurteilen und Geschlechterstereotypisierung. Das stellt einen radikal neuen Ansatz für Geschlechtergleichstellungspolitik dar, in dessen Rahmen die Korrektur früherer Diskriminierungen ergänzt wird durch **das gesetzlich verankerte Grundrecht auf Gleichstellung.** Eliane Vogel Polsky[3] schrieb über das Konzept der paritätischen Demokratie:

[1] EUR-Lex, Zugang zum EU-Recht, Glossare von Zusammenfassungen, Definition von Demokratiedefizit in: https://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/democratic_deficit.html?locale=de
[2] Das Konzept der paritätischen Demokratie, initiiert vom Europarat, fand Eingang in die EU beim Gipfeltreffen von Frauen in Führungdpositionen in Athen, November 1992
[3] Eliane Vogel Polsky, die 2016 verstarb, war die am meisten anerkannte und kreative Spezialistin in Europäischem Familienrecht. Sie brachte den Fall von Gabrielle Defrenne vor den Europäischen Gerichtshof (EuGH) in 1976.

„Die Konstruktion des Rechts auf Gleichstellung, so wie es bisher entwickelt wurde, ist schwierig umzusetzen, weil es Teil von ohne Frauen geschaffenen Rechtssystemen ist. **Wenn paritätische Vertretung als eine notwendige Bedingung für Demokratie statt einer in ferner Zukunft liegenden Konsequenz anerkannt wird, müssen Spielregeln und soziale Normen geändert werden.** Das würde die Gesellschaft radikal verändern und wirkliche geschlechtergerechte Beziehungen ermöglichen“[4].

Es bedeutet, dass Demokratie und Geschlechtergleichstellung zusammen betrachtet werden müssen. **Das vorliegende Strategiepapier verfolgt das Ziel, das Konzept der paritätischen Demokratie im derzeitigen Kontext der EU und insbesondere im Hinblick auf die kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 zu überdenken.** Wie in der Erklärung von Athen, beschlossen 1992 auf dem Gipfeltreffen von Frauen in Führungspositionen, entwickelt, baut paritätische Demokratie auf fünf grundlegenden Parametern auf (Gleichstellung, Demokratie, gute Nutzung der menschlichen Ressourcen, Bedürfnisse und Interessen von Frauen und Qualität der Politikgestaltung). Diese werden überprüft und aktualisiert, um Akteurinnen und Akteuren, einschließlich für Geschlechtergleichstellung und feministische Bewegungen eintretenden Demokraten, zündende Argumente zu liefern. Sie werden somit in die Lage versetzt, EU-Bürgerinnen und -Bürger zu informieren und sie zu überzeugen, an der Wahl teilzunehmen und Frauen zu wählen, die sich für Gleichstellung einsetzen. Deshalb ist dieses Strategiepapier Teil der Bemühungen von Gender Five Plus, EU-Bürgerinnen und –Bürger mit Informationen zu versorgen und Akteurinnen und Akteure zu beeinflussen, sich für größere Geschlechterausgewogenheit in der EU einzusetzen.

Die Analyse in diesem Strategiepapier beruht auf Sekundärforschung und Literaturrecherche; sie bezieht diverse politische Erfahrungen auf EU-Ebene ein. Das Papier umfasst vier Teile und eine Liste von Empfehlungen. Teil I versucht, eine Antwort auf die Frage zu geben, warum paritätische Demokratie für die EU von Bedeutung ist. Teil II konzentriert sich auf die Frage, warum die EU und paritätische Demokratie für Frauen wichtig sind. Teil III analysiert Geschlechterausgewogenheit bei Beschlussfassung in der EU (mit Schwerpunkt EP). Teil IV untersucht mögliche Herausforderungen und Chancen für die Förderung paritätischer Demokratie im derzeitigen EU-Kontext. Abschließend gibt es Raum für Überlegungen, was für eine EU wir wollen und wie wir sie gestalten müssen. Ausgehend von der Analyse des gesamten Strategiepapiers ist am Ende eine unvollständige Liste von Empfehlungen angefügt.

Teil I – Warum ist paritätische Demokratie wichtig für die EU?

Um den Wert von paritätischer Demokratie und Geschlechterparität im EP für die EU zu begreifen, untersucht dieser Teil die Gründe für Unterstützung und für Aktionen zur Entwicklung eines Systems der paritätischen Demokratie in der EU.

[4] Vogel Polsky, Eliane, « Les impasses de l’égalité ou pourquoi les outils juridiques visant à l’égalité doivent être repensés en termes de parité », Parité Infos Hors-série, 1994

1. Verantwortung für die Werte der EU

Die EU hat sich seit ihrer Gründung mit den Römischen Verträgen 1957 für Gleichstellung eingesetzt. Auch wenn die Motivation eher unlauterer Wettbewerb zwischen den Mitgliedsstaaten denn Geschlechtergleichstellung war, forderte Artikel 119 gleiches Entgelt bei gleicher Arbeit, was über Jahre hinweg Maßnahmen zur Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt mit sich brachte. Tatsächlich kommt die meiste Gesetzgebung zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Beschäftigung von der europäischen Ebene[5]. In einem Urteil von 1976[6] hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) **ausdrücklich anerkannt, dass das Gleichstellungsprinzip in seiner ökonomischen und sozialen Dimension ein „Grundprinzip" der jetzigen EU ist.** Damit wurde der Weg geebnet für Maßnahmen jenseits des Bereiches der Beschäftigung[7]. Von diesem Zeitpunkt an hat sich die Behandlung von Geschlechtergleichstellung in der EU von einer begrenzten und zumeist auf Beschäftigung bezogenen Frage (was nach wie vor ein Kernbereich der EU ist) zu einer umfassenderen Gerechtigkeitsfrage[8] entwickelt. Der Vertrag von Amsterdam enthielt stärkere Bestimmungen zu Geschlechtergleichstellung. Und der Vertrag von Lissabon schließlich anerkannte in Artikel 2 Geschlechtergleichstellung als einen grundlegenden Wert der EU. Geschlechtergleichstellung ist ebenso in der Grundrechtecharta der EU festgeschrieben. Folglich ist Geschlechtergleichstellung ein Prinzip und ein Wert der EU und ist Teil ihrer politischen Identität.

„Geschlechter-gleichstellung ist ein Grundprinzip und ein Ziel der EU"

Gleichermaßen ist die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern ein offizielles Ziel der EU[9]. Ausgehend von diesem Ziel hat die EU Gesetze angenommen, Gremien geschaffen, Instrumente entwickelt und Maßnahmen zur Förderung von Geschlechtergleichstellung unterstützt. Damit hat die EU die Rechte von Frauen gestärkt, wie es in Teil II dargelegt wird.

In diesem Sinne ist paritätische Demokratie für die EU wichtig. So kann sie für ihre Werte einstehen und Instrumente für die Durchsetzung von Frauenrechten entwickeln. Wie Hubert[10] feststellt, „**hat die EU nicht nur ein legitimes Recht, für Gleichstellung zu kämpfen. Sie hat auch eine moralische Verpflichtung dazu, weil sie Geschlechtergleichstellung zum grundlegenden Prinzip der EU erklärt hat**". Eine Veränderung hin zu einem System der paritätischen Demokratie, das zu einer gleichen Vertretung von Frauen und Männern im EP führt, ist unerlässlich für die Achtung der Werte und der Ziele der EU und die Realisierung des

[5] European Women's Lobby (EWL), *Lobbying Kit for Parity Democracy*, 2008.
[6] Defrenne v. Societé Anonyme Beige de Navigation Aérienne, 1976, C-43/75 [ECR 455].
[7] Rubio-Marin, Ruth, "A New European Parity-Democracy Sex Equality model and why it won't fly in the United States", *The American Journal of Comparative Law,* 2012, Vol. 60, No. 1, S. 104
[8] Ebenda, S. 105
[9] EWL, *a.a.O.*
[10] Hubert, Agnes, "Building citizenship in a diverse Europe", speech at the *European Community Studies Association's (Canada) biannual conference*, 9 May 2018

Europäischen Projektes auf der Grundlage der gemeinsamen Identität und der gemeinsamen Prinzipien.

2. Stärkung der Demokratie in der EU

a. Thematisierung des demokratischen Defizits

Rolle und Machtbefugnisse des EP wurden seit dem Vertrag von Maastricht[11] schrittweise ausgebaut. Mit diesem Stärkungsprozess versuchte die EU, der Kritik, es mangele an demokratischen Institutionen und demokratischen Entscheidungsprozessen, zu begegnen. Sie entwickelte sich von einem beratenden Gremium zu einem Ko-Gesetzgeber[12] und verbesserte so zunehmend ihre demokratische Legitimität. Dennoch resultiert das demokratische Defizit nicht nur aus den ungenügenden demokratischen Prozessen, sondern auch aus der systematischen ungleichen Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen. **Wenn mehr als die Hälfte der Bevölkerung kontinuierlich unterrepräsentiert ist, muss die Legitimität und die Arbeitsweise des demokratischen Systems in der Tat infrage gestellt werden.[13]**

„Der Weg hin zu paritätischer Demokratie muss als strukturelle Voraussetzung für einen demokratischen Staat verstanden werden“

Die Erklärung von Athen verwies auf das demokratische Defizit in der EU, verursacht durch „die tiefgreifende Ungleichheit in allen öffentlichen und politischen Entscheidungsgremien“[14]. Sogar verschiedene EU-Einrichtungen haben zugegeben, **dass die unausgeglichene Vertretung der Geschlechter bei Beschlussfassungen ein demokratisches Defizit ist[15].** Übereinstimmend mit Rubio-Marins These „muss die Bewegung hin zu paritätischer Demokratie als strukturelle Voraussetzung für einen demokratischen Staat verstanden werden“[16]. Die EU braucht ein demokratisches Modell auf der Grundlage von Geschlechterparität, das den Übergang von einer liberalen zu einer demokratischen Phase (ein Übergang, der mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts begann) möglich machte. Dieser Prozess ist jedoch noch nicht beendet, **weil das allgemeine Wahlrecht nicht zu einer gleichen Beteiligung von Männern und Frauen bei politischen Entscheidungsprozessen** und auch nicht zu substantieller Geschlechtergleichstellung geführt hat[17]. Wenn Geschlechterausgewogenheit in politischen Entscheidungsprozessen verbessert wird, wird ein wesentlicher Aspekt des demokratischen Defizits angegangen. Parität und Demokratie müssen Hand in Hand gehen.

[11] EUR-Lex, a.a.O.
[12] Ebenda, S. 1
[13] EWL, a.a.O.
[14] Declaration of Athens, “European Summit of Women in Power”, 1992
[15] Europäische Kommission (EG), Beschäftigung und Soziales, *Wahlsysteme in Europa: eine Bewertung der Auswirkungen auf die Geschlechter,* 1999, S. 51
[16] Rubio-Marin, a.a.O.
[17] Ebenda, S. 102

b. Stärkung der Vielfalt von Frauen

Ein System der paritätischen Demokratie, das auch die Normalisierung der Geschlechterausgewogenheit bedeutet, ist nicht nur eine Frage von Bürgerrechten und von Gerechtigkeit. Es ist gleichermaßen ein Abbild der Vielfalt in der EU. In Folge ihrer besonderen kollektiven Erfahrung und ihrer vielschichtigen ökonomischen und sozialen Lage kennen Frauen ihre Bedürfnisse und können deshalb besser auf sie eingehen.[18] Trotzdem haben – wie bei Männern – **unterschiedliche Gruppen von Frauen unterschiedliche Erfahrungen, die zu berücksichtigen sind.**

Intersektionalität muss beachtet werden. Interessen von Frauen, die stärker marginalisiert sind als Männer in der gleichen Situation, wie farbige Frauen, religiöse Minderheiten, Lesben und Transfrauen, Migrantinnen und Frauen mit Behinderungen, müssen richtigerweise berücksichtigt werden[19].

In der Politik agieren Frauen auch interessengebunden.[20] **Paritätische Demokratie verfolgt nicht das Ziel, Frauen als eine Minderheitengruppe im gegebenen Rahmen zu behandeln[21], sondern einen inklusiveren Rahmen zu schaffen.** Sie verfolgt das Ziel, Demokratie durch die Einbeziehung von Frauen in ihrer Vielfalt zu transformieren. Und nicht nur die Einbeziehung einer Gruppe ausgewählter Frauen, denen es gelungen ist, sich an die männlich strukturierten Politik-Parameter anzupassen. **Sich zu paritätischer Demokratie in der EU hin zu bewegen, bedeutet größere Vielfalt und damit eine bessere Widerspiegelung der realen Situation in der Europa.**

„Paritätische Demokratie verfolgt das Ziel, Demokratie durch die Einbeziehung von Frauen in ihrer Vielfalt zu transformieren“

c. Herausforderung durch Populismus

Ein anderes Argument für die Herstellung paritätischer Demokratie in der EU ergibt sich aus dem zunehmenden Populismus und dem Erstarken der radikalen Rechten, wie wir es seit einigen Jahren erleben. Die **Zunahme des Populismus wird als „Gefahr für die Demokratie“ gesehen[22].** Untersuchungen machen deutlich, dass viele populistische Parteien eine zutiefst antiliberale Politik betreiben und die Öffentlichkeit nutzen, um Rechtsstaatlichkeit zu untergraben und Frauen- und Minderheitenrechte zu verletzen.[23] Die Gründe für die erhöhte Präsenz populistischer Kräfte sind komplex und können sich aufgrund der Bedingungen unterscheiden. Einige Analytiker verbinden das Erstarken des Populismus mit der ökonomischen Krise von

[18] EC, a.a.O., 1999
[19] EC, *Europäische Kommission, Schlussfolgerungen des jährlichen Kolloquiums 2017 über Grundrechte: Rechte der Frau in turbulenten Zeiten*, 2017.
[20] Rubio-Marin, Ruth and Blanca Rodriguez Ruiz, “The gender of representation: On democracy, equality, and parity”, *Icon-international Journal of Constitutional Law*. 2008, N. 6, S.287 - 316
[21] EWL, a.a.O.
[22] Eiermann, Martin; Yascha Mounk and Limor Gultchin, “European Populism: Trends, Threats and Future Prospects”, *Tony Blair Institute for Global Change*, 2017
[23] Sandford, Alasdair, “Rise of populism in Europe, a “real threat to democracy””, *Euronews*, 2017. Consulted at: http://www.euronews.com/2017/12/29/rise-of-populism-in-europe-a-real-threat-to-democracy-

2008[24] und den damit einhergehenden Ungleichheiten. Andere sehen den Zusammenhang mit der Krise der entwickelten repräsentativen Demokratien[25].

In diesem Sinne sind **Geschlechtergleichstellung und paritätische Demokratie wichtig für den Schutz der europäischen Demokratien.** Die EU sieht sich den Herausforderungen des Populismus und anderer Erscheinungen (Terrorismus und zunehmende Ungleichheiten), die den errungenen Frieden und den Wohlstand bedrohen, gegenüber. Deshalb sind die gemeinsamen Werte wie Demokratie und Geschlechtergleichstellung notwendiger denn je[26]. Es braucht ein System der paritätischen Demokratie, um die gemeinsamen Werte zu stärken und das demokratische System zu verbessern. Und es braucht die Beteiligung aller EU-Bürgerinnen und –Bürger, um den Populismus zu bekämpfen.

3. Strategische Vorteile von paritätischer Demokratie

Paritätische Demokratie ist nicht nur eine gute Sache, die man erledigen muss; sie ist vielmehr auch von Bedeutung für die „strategischen" Vorteile, die sie für die EU, ihre Bürgerinnen und Bürger und die politischen Parteien mit sich bringt.

Frauen stellen die Hälfte der Bevölkerung, sie machen auch die Hälfte von Fähigkeiten, Wissen, Kompetenzen, Kreativität und Ideen aus. Das bedeutet, dass die EU nicht alle Fähigkeiten effektiv nutzt[27], wenn es keine gleiche Beteiligung von Frauen und Männern an den politischen Entscheidungen gibt. Um alte und neue Herausforderungen zu bewältigen, braucht es innovative Lösungen: die Beteiligung von Frauen ist entscheidend für beste Lösungen. Aus diesem Grunde ist die unzureichende Nutzung der Fähigkeiten von Frauen ein Verlust für die gesamte Gesellschaft.

„ Wenn es keine gleiche Beteiligung von Frauen und Männern an den politischen Entscheidungsprozessen gibt, nutzt die EU nicht alle Fähigkeiten"

Es wurde schon darauf verwiesen, dass Frauen als Gruppe Bedürfnisse und Interessen auf der Grundlage eigener Erfahrungen (beispielsweise reproduktive Rechte) haben, die nicht in gleichem Masse auf Männer zutreffen[28]. Wie es in Hanna Pitkins Beiträgen zur politischen Vertretung heißt, sind mehr Frauen in einem Parlament nötig, damit die „Interessen von Frauen" vertreten werden[29]. **Die gleiche politische Beteiligung von Frauen im EP kann also zur Aufnahme von bisher vernachlässigten oder neuen Themen auf die**

[24] Balfour, Rosa, "The (Resistable) Rise of Populism in Europe and its Impact on European and International Cooperation", *Challenges ahead for the European Union, IEMed Mediterranean Yearbook* 2017
[25] Ebenda, S. 56
[26] Hubert, a.a.O.
[27] Europäisches Expertennetzwerk "Frauen in der Entscheidungsfindung", Zahlen und Fakten zu Frauen bei politischen und öffentlichen Entscheidungen in Europa, 1996
[28] EWL, a.a.O.
[29] Laut Hanna Pitkins Typenlehre der politischen Repräsentation ist die ausreichende Repräsentanz von Frauen in der Politikeine Vorbedingung für ihre substantielle Repräsentation, um die Anliegen von Frauen zu thematisieren.

europäische politische Agenda führen[30]. Die Europäische Frauenlobby erwähnt dafür ein gutes Beispiel: weil Frauen diejenigen sind, die am meisten von Fragen der Vereinbarkeit von beruflicher Tätigkeit und privatem Leben betroffen sind und an politischen Entscheidungen nicht beteiligt waren, wurde Vereinbarkeit lange Zeit als Privatsache denn als gesellschaftliche Angelegenheit betrachtet[31]. Mit dem schrittweisen Zugriff von Frauen auf politische Entscheidungen ändert sich dies gegenwärtig. Gleichermaßen werden die Belange und die Erfahrungen der Hälfte der Bevölkerung berücksichtigt, wenn die weibliche Perspektive in die politische Debatte und in die Politikgestaltung einbezogen wird. So können **wirksamere und bessere politische Maßnahmen beschlossen werden.** Darüber hinaus wird eine enge Beziehung zwischen Abgeordneten und ihren Wählerinnen und Wählern gesichert[32], wenn Frauen in gleichem Maße im Parlament vertreten sind (und in politischen Entscheidungsprozessen im Allgemeinen). Insbesondere werden Beschlüsse über die Verteilung der öffentlichen Gelder stärker den Bedürfnissen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen entsprechen und damit die Zufriedenheit mit der Politik steigern[33]. Die Einbeziehung von Frauen in die Politik dürfte ebenfalls **eine Veränderung der derzeitigen von Männern definierten und beherrschten politischen Kultur** bewirken[34].

„Zahlreiche politische Parteien in Europa haben den strategischen Nutzen von mehr Frauen in ihren Reihen bereits begriffen“

Andere Akteure, wie beispielsweise politische Parteien, könnten von paritätischer Demokratie und von einer größeren Anzahl weiblicher MEP (Mitglieder des Europäischen Parlaments) profitieren. Politische Parteien haben einen Nutzen, wenn sie aus den schon genannten Gründen (Nutzung der Fähigkeiten, neue Themen und bessere Politikgestaltung) mehr Frauen in ihre Organisation und in ihre Wahllisten aufnehmen. In Ergänzung dazu können politische Parteien verschiedene neue Gruppen von Wählerinnen und Wählern[35] erreichen, wenn sie unterschiedliche Kandidatenprofile auf ihren Wahllisten haben und dabei Frauen und andere bisher nicht übliche Kandidaten einbeziehen. **So können sie ihre Wahlerfolge verbessern.** In der Tat können Frauen zu neuen Unterstützerkreisen der Partei werden[36]. Wie Kürschner feststellt, kann die Erschließung neuer Unterstützerkreise „vielen Frauen in der Zivilgesellschaft und in Berufen, die zuvor von politischen Organisationen negiert wurden“[37], zugeordnet werden. Diese Verbindung kann eine positive Auswirkung für die Partei, für die eine Frau sich einsetzt, haben, weil letztere Beziehungen zur Basis und ihren Wahlkreisen herstellt. Die Botschaft ist, dass die Interessen der Bürgerinnen und Bürger thematisiert werden[38].

---

[30] EWL, a.a.O.
[31] Ebenda, S. 20
[32] Rubio-Marin et al., a.a.O.
[33] EWL, a.a.O.
[34] Ebenda, S. 18
[35] EC, a.a.O., 1999
[36] Kürschner, Isabelle, “Political Parties: Door-keeper or Door-opener for Women’s Pathways into Politics?”, *Workshop on Actions for Gender Balance in the EP - EP Elections 2014*, 2013, S. 36
[37] Ebenda, S. 36
[38] Ebenda, S. 36

Zahlreiche politische Parteien in Europa haben bereits den strategischen Nutzen von mehr Frauen in ihren Reihen begriffen, und sie haben interne Maßnahmen zur verstärkten Beteiligung von Frauen beschlossen[39]. Wenn politische Parteien Quoten festgelegt haben, hatte dies einen „Schneeballeffekt" bei anderen politischen Parteien im Mitgliedsstaat zur Folge. **Sie realisierten, dass die Auswahl oder Ernennung einer größeren Anzahl von Frauen (mit oder ohne Quoten) ein Weg zu stärkeren Wahlerfolgen ist[40].** Das bedeutet, dass der Wechsel hin zu einem System der paritätischen Demokratie auch einen positiven strategischen Wechsel für politische Parteien bedeutet.

Abschließend ist zu sagen, dass Teil I versucht hat, die Frage zu beantworten, warum paritätische Demokratie wichtig und notwendig für die EU ist. Im Hinblick auf alle genannten Gründe argumentiert dieses Papier, dass die EU und alle ihre Akteurinnen und Akteure, einschließlich auch die Wählerinnen und Wähler, die kommenden Wahlen zum EP nutzen sollten, die Geschlechterausgewogenheit zu verbessern und einen Wechsel zu einem System der paritätischen Demokratie wirksam anzustreben. Die EU und paritätische Demokratie sind gleichermaßen für Frauen von Bedeutung, wie das im anschließenden Teil erläutert wird.

Teil II – Warum sind die EU und paritätische Demokratie wichtig für Frauen?

Auch wenn viele Aspekte der EU kritisiert werden können (und sollten), wie ihr Zeitlupentempo und die Vorherrschaft der Ökonomie gegenüber dem Sozialen, als einer von vielen anderen Bereichen, müssen wir zugeben, dass die EU ein ehrgeiziges Projekt der Solidarität zwischen den Nationen gegen Gewalt und Krieg ist. Frauen haben vom europäischen Projekt profitiert, und sie können mit einem System der paritätischen Demokratie noch viel mehr profitieren.

1. Was hat die EU für Geschlechtergleichstellung getan?

Wie bereits ausgeführt, ist Geschlechtergleichstellung einer der Werte und ein offizielles Ziel der EU und **Teil der Politik, die die EU seit mehr als 50 Jahren betreibt.** Geschlechtergleichstellungs-Politik der EU findet ihren Ausdruck in der Rechtssprechung mit mehr als 200 Urteilen. Des Weiteren gibt es 13 wichtige Richtlinien, die durch nationale Rechtsakte umgesetzt werden müssen, ca. 20 Empfehlungen, Resolutionen und Beschlüsse des Rates, 6 Aktionsprogramme und bedeutende institutionelle Mechanismen - spezifische Gruppen, die sich in der Europäischen Kommission, im EP (Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM Ausschuss)), im Rat und in den Mitgliedsstaaten mit Geschlechtergleichstellung befassen. Und seit 2007 gibt es die spezialisierte Agentur des Europäischen Institutes für Gleichstellungsfragen (EIGE). Geschlechtergleichstellungspolitik

[39] Europäisches Parlament (EP), Systeme der geschlechtsspezifischen Geschlechterquoten und ihre Umsetzung in Europa, 2013, S. 18
[40] EP, Generaldirektion Forschung, *Unterschiedliche Auswirkungen der Wahlsysteme auf die politische Vertretung von Frauen,* 1997

wurde ebenfalls in den Auswärtigen Dienst der EU integriert. Damit wurde das Ziel, Geschlechtergleichstellung zu erreichen, über die Grenzen der EU hinaus ausgedehnt[41].

„EU-Geschlechtergleichstellungspolitik beruht auf Rechtsprechung, gesetzlichen Instrumenten, Aktionsplänen und wichtigen institutionellen Mechanismen“

Einige konkrete Beispiele für die Förderung von Geschlechtergleichstellung durch die EU sind gesetzgeberische Maßnahmen, die Mindeststandards zum Schutz von Schwangeren forderten, die das Recht auf bezahlten Elternurlaub einführten und die die Notwendigkeit von Betreuungsmöglichkeiten der Kinder durch ihre Väter anerkannten. Einige Beispiele für Richtlinien sind die zu gleichem Entgelt, zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen und zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit… Jüngere Beispiele sind die Unterzeichnung des Übereinkommens von Istanbul, das Maßnahmenpaket zur Bewältigung der Herausforderungen bei der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben für Erwerbstätige mit Familie und der Aktionsplan 2017 – 2019 der EU zur Bekämpfung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles…

Nach der Annahme der Pekinger Aktionsplattform 1995 haben sich die Staats- und Regierungschefs im Vertrag von Amsterdam darauf geeinigt, die EU Geschlechtergleichstellung zu fördern und die Diskriminierung von Frauen und Männern in allen Politikbereichen zu beseitigen. **Das Prinzip des Gender Mainstreaming (Leitbild der Geschlechtergerechtigkeit) als neue Strategie zur Erreichung der Gleichstellung von Frauen und Männern in Übereinstimmung mit dem Konzept der paritätischen Demokratie wurde eingeführt.** Es zielt darauf ab, alle Regelungen so anzupassen, dass sie für Frauen und Männer gleichermaßen gelten. Gender Mainstreaming besteht „in der (Re-) Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung der Entscheidungsprozesse, mit dem Ziel, dass die an politischer Gestaltung beteiligten Akteure und Akteurinnen den Blickwinkel der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern in allen Bereichen und auf allen Ebenen einnehmen”[42]. Mit anderen Worten ist Gender Mainstreaming ein Konzept, das die Interessen und Belange von Frauen und Männern berücksichtigt und damit eine bessere Politik möglich macht. Über die Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieses Prinzips wird später eingegangen.

„Die EU beeinflusst die Rechte von Frauen und beschließt Maßnahmen, die sich auf ihr Leben auswirken“

Es kann davon ausgegangen werden, dass der Weg hin zu einem System der paritätischen Demokratie nicht nur die errungenen Rechte sichern würde. Es würde auch die Erreichung tatsächlicher Geschlechtergleichstellung ermöglichen, weil das

[41] Siehe beispielsweise den *EU-Aktionsplan für Gleichstellungsfragen in den Außenbeziehungen (2016-2020)*

[42] Europarat, Gender Mainstreaming; Konzeptioneller Rahmen, Methodik und Präsentation bewährter Verfahren, 2004, S. 12

gesamte politische System in ein Modell zur Sicherung des gleichen Status von Männern und Frauen in der Gesellschaft umgewandelt würde.

Daraus resultiert **notwendigerweise, dass Frauen ermutigt werden, sich an der Politikgestaltung der EU zu beteiligen: die EU beeinflusst ihre Rechte und beschließt Maßnahmen, die sich auf ihr Leben auswirken.** Mit einer stärkeren Beteiligung von Frauen können mehr Forderungen zur Beseitigung der Geschlechterungleichheiten in der EU erhoben werden. Im derzeitigen Kontext ist es von Bedeutung, die Vorteile der EU ins Bewusstsein zu rufen und Frauen zu mobilisieren, sich an den Wahlen zum EP zu beteiligen. Das ist ein wichtiger Schritt hin zu paritätischer Demokratie und zur Förderung der Geschlechtergleichstellung.

2. Aktionen auf EU-Ebene

a. Was wäre ohne Aktionen auf EU-Ebene geschehen?

Die vereinten Anstrengungen von feministischen Bewegungen, die Erfolge im Bereich der Empfängnisverhütung und der Fortschritt bei der Tertianisierung der Wirtschaft hätten auch ohne Aktionen auf EU-Ebene die Entwicklung der Lage der Frauen in den Mitgliedsstaaten bewirkt. Das war der Fall im Bereich der Bürgerrechte, die in den 60ern nicht in die Kompetenz der EU fielen. Wir können demzufolge annehmen, dass die wirtschaftliche Entwicklung und die Integration von Frauen in den formellen Arbeitsmarkt, die wir in den 80ern beobachten konnten, Unternehmen und Regierungen ermutigt hätten, Maßnahmen auf dem Gebiet der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ergreifen. Wir hätten davon ausgehen können, dass **der Abstand zwischen den Mitgliedsstaaten, die für Geschlechtergleichstellung mehr tun, und den anderen Mitgliedsstaaten ohne die stimulierende Wirkung der EU-Politik größer geworden wäre.** Es ist in der Tat schwierig sich vorzustellen, dass der erhebliche gemeinsame Fortschritt auf dem Gebiet der Geschlechtergleichstellung ohne EU-Aktionen möglich gewesen wäre. Was wäre passiert, wenn der EuGH es versäumt hätte, Gleichstellung zwischen Männern und Frauen als ein EU-Grundrecht (und einklagbar vor nationalen Gerichten) in das *Defrenne*-Urteil von 1976 aufzunehmen? EU-Gesetzgebung haben Frauenrechte voran gebracht, wie es die erwähnten Beispiele belegen.

„Es ist von wesentlicher Bedeutung, EU-Bürgerinnen und -Bürger über die von der EU erzielten Fortschritte für Frauenrechte zu informieren, damit ihr Interesse geweckt wird und sie sich an EU-Politik und an EU-Wahlen beteiligen“

Akteurinnen und Akteure in nationalen Regierungen und in öffentlichen Verwaltungen haben die Schlüsselrolle der EU bei der Beeinflussung der nationalen Politik auf dem Gebiet der Geschlechtergleichstellung gewürdigt[43]. So ist beispielsweise davon auszugehen, dass einige

[43] Siehe beispielsweise die Arbeit von Emmanuela Lombardo zur Europäisierung der spanischen Gleichstellungspolitik. Lombardo, Emmanuela “La europeización de la política española de igualdad de género”, *Revista Española de Ciencia Política*, n.9, Octobre 2003, S.65 - 82
.

Mitgliedsstaaten ohne den Einfluss der EU keine Maßnahmen zu Frauenbeschäftigung ergriffen hätten.

Es ist von wesentlicher Bedeutung, EU-Bürger, und insbesondere Frauen und Feministinnen, über die von der EU erzielten Fortschritte für Frauenrechte zu informieren, damit ihr Interesse geweckt wird und sie sich an EU-Politik und EU-Wahlen beteiligen. Dadurch wären sie in der Lage, an der Gestaltung der EU mitzuwirken, wirkliche Geschlechtergleichstellung und ein System zu fordern, in dem Frauen und Männer den gleichen Status und gleiche Rechte haben.

b. Vorteile von EU-Aktionen

Die Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen bedingt die Änderung von Mentalitäten und die Entwicklung einer anderen Vision von einer Welt, in der die Aktivitäten von Frauen umfassend geschätzt werden. Öffentliche Aktivitäten sollten diese Änderung unterstützen.

Die EU bietet physischen und symbolischen Raum für Dialog und Austausch von Visionen, Meinungen und Vorgehensweisen, was von unschätzbarem Wert ist. Die Vorgehensweisen einiger progressiver Staaten, wie der Skandinavischen Länder, die Parität in Vorständen eingeführt haben, verbreitet und dupliziert durch die EU, hat zu mehr Geschlechtergleichstellung in den anderen Mitgliedsstaaten geführt[44].

„EU-Richtlinien legen Mindeststandards fest; die Mitgliedsstaaten haben jedoch das Recht, diese noch zu verbessern“

Ferner haben Europäische Richtlinien gemeinsame Mindeststandards festgelegt. Diese hindern die Mitgliedsstaaten nicht daran, höhere Standards oder Schutzbestimmungen für ihre Bürgerinnen und Bürger anzuwenden. Das ist der große Vorteil von Aktionen für Geschlechtergleichstellung auf EU-Ebene. Es werden Mindeststandards festgelegt (was bereits eine Verbesserung in der Gesetzgebung zahlreicher Mitgliedsstaaten bedeutet), und gleichzeitig hindert es die progressiveren Mitgliedsstaaten nicht daran, ihre Standards beizubehalten oder höhere Standards zu beschließen.

In den nordischen europäischen Mitgliedsstaaten war man nach dem Kalanke-Urteil des EuGH von 1995[45] besorgt, weil dieses die Gültigkeit von positiven Aktionen infrage stellte[46]. Ausgehend davon, dass die EU-Kompetenz in Sachen **Geschlechtergleichstellungspolitik nicht exklusiv ist, beruht ihre diesbezügliche Politik auf der Grundlage der**

[44] Siehe zum Beispiel den Vorschlag der EG zur *Gleichstellung der Geschlechter in den Verwaltungsräten* von 2012
[45] Kalanke v Freie Hansestadt Bremen (1995) C450/93
[46] Molinari, Laura, “The Effect of the Kalanke Decision on the European Union: A Decision With Teeth, but Little Bite”, *St. John's Law Review*, vol. 71, issue 3, Article 3, S.591 - 634. Available at: http://scholarship.law.stjohns.edu/lawreview/vol71/iss3/3

Komplementarität zwischen den verschiedenen Führungsebenen (lokale Behörden, regionale und nationale Regierungen) und zwischen unterschiedlichen Akteuren (Sozialpartner, Verbände, Regierungen, Akteurinnen und Akteuren vor Ort). So gibt es also keine Nachteile zwischen Aktionen auf EU-Ebene und denen auf anderen Ebenen: die EU legt Mindeststandards im Bereich der Geschlechtergleichstellung fest, und die Mitgliedsstaaten sind berechtigt, sie zu verbessern. Im Gegenteil: nationale Gerichte haben sich häufig auf Schutzmaßnahmen in der EU-Gesetzgebung berufen, um ihre Bürger wirksam zu schützen[47].

„Die Vorteile von EU-Aktionen gebieten eine verstärkte Durchführung von Aktionen, um die fortdauernden Geschlechterungleichheiten zu beseitigen“

Andere Vorteile beziehen sich auf die Anregung der EU, geschlechtsspezifische Daten zu erheben, und auf die multinationalen Projekte zur Förderung von Geschlechtergleichstellung, die u. a. von den Strukturfonds finanziert werden[48]. In den vergangenen 10 Jahren hat EIGE systematisch vergleichende Daten vorgelegt[49] und der Politik praktische Instrumente für die Förderung von Geschlechtergleichstellung auf nationaler Ebene zur Verfügung gestellt.

Abschließend ist festzustellen, dass **die Aktionen zur Geschlechtergleichstellung auf EU-Ebene zahlreiche Vorteile für alle Mitgliedsstaaten mit sich bringen**. Angesichts all dieser Vorteile muss die EU ihre Kompetenz und ihre Instrumente nutzen, um Geschlechtergleichstellung zu fördern und die in Europa bestehenden Geschlechterungleichheiten zu beseitigen.

3. Was hätte die EU besser machen können?

Es wurde bereits erläutert, wie die EU Frauenrechte gefördert hat und warum Aktionen auf EU-Ebene für die Verbesserung der Geschlechtergleichstellung wichtig waren. Diese Informationen sind von Bedeutung für den Weg zu einem System der paritätischen Demokratie. Indessen muss darauf hingewiesen werden, dass es in der EU noch großen Spielraum für Verbesserungen im Bereich der Geschlechtergleichstellung gibt. Es wäre schwierig, alle Aspekte für Verbesserungen durch die EU aufzuführen. Deshalb werden im folgenden Teil zwei Beispiele für Bereiche, in denen die EU noch mehr für Geschlechtergleichstellung hätte machen können, benannt: Gender Mainstreaming und die Wirtschaftskrise von 2008.

a. Gender Mainstreaming

Wie bereits erwähnt, wurde das Gender Mainstreaming-Prinzip bereits in den neunziger Jahren als

„Die Umsetzung von Gender Mainstreaming war problematisch und ineffektiv. Aber das Konzept bleibt aufgrund seines transformativen Potentials weiter gültig“

[47] Burri, Susanne und Sacha Prechal, „EU-Gleichstellungsgesetz“ für die Generald Chancengleichheit der EG, 2008, S. 1 - 27
[48] Weitere Informationen zu den EU-Strukturfonds finden Sie unter http://ec.europa
[49] Der Europäische Gleichstellungs-Index, Datenbank für Frauen in Entscheidungsp

innovatives Politikinstrument zum Zwecke der Förderung der Geschlechtergleichstellung in die EU eingeführt. Die Umsetzung in der EU-Politik jedoch war aus vielfältigen Gründen problematisch und ineffektiv: individueller und institutioneller Widerstand, Mangel an Ressourcen, wie Wissen und Fähigkeiten, Zeit, Finanzmittel und Macht[50]. Des Weiteren wirkten sich nach der EU-Erweiterung 2004 gravierende Budgetkürzungen und Verwaltungsreformen in starkem Maße auf Geschlechtergleichstellungspolitik aus; Gender-Einrichtungen wurden sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene geschwächt und waren somit nicht in der Lage, sich während der Wirtschaftskrise mit Geschlechtergleichstellung zu beschäftigen[51]. Dazu kam, dass Gender Mainstreaming missverstanden und für andere Politikinteressen missbraucht wurde: abweichend zu seiner ursprünglichen Bedeutung wurden Versuche unternommen, es in den ersten 10 Jahren seiner Einbeziehung in die EU-Politik als politische Strategie „gegen positive (fördernde) Maßnahmen“ zu nutzen[52].

Trotz dieser Abweichung blieb Gleichstellungspolitik auf der politischen Agenda sichtbar. Gender Mainstreaming wurde indessen gewissermaßen instrumentalisiert, um die Abschwächung der Geschlechtergleichstellungspolitik als Priorität der EU zu rechtfertigen[53].

Dank des großen transformativen Potentials von Gender Mainstreaming hat sein Missbrauch dieses Konzept nicht obsolet gemacht[54]. Die EU verfügt über starke gesetzliche und politische Rahmenbedingungen für Geschlechtergleichstellung und Gender Mainstreaming, und es gibt noch immer genügend Sachverstand und entsprechende Einrichtungen, die seine korrekte Umsetzung unterstützen können. Insbesondere hat die EU die Fähigkeit, eine Gender-Analyse aller Politikbereiche vorzulegen, begleitet von einer geschlechtsspezifischen Folgenabschätzung und von einem geschlechtergerechten Haushalt (Gender Budgeting). Damit kann sie zur Gestaltung der nationalen Politik in diesem Bereich beitragen[55].

b. Antwort auf die Wirtschaftskrise von 2008

Im Jahr 2000 standen die Gestaltung eines sozialen Europa und insbesondere mit Geschlechtergleichstellung verbundene Themen relativ weit oben auf der Liste der europäischen politischen Prioritäten so wie auch in der Lissabon-Strategie und der Europäischen Sozialagenda[56]. Nach der Finanzkrise, die Europa im Jahr 2008 erfasste, nahmen soziale Belange in der Strategie Europa 2020 nur noch einen marginalen Platz ein[57]. Als Antwort auf die Krise wurden Sparmaßnahmen verhängt. Obwohl Reformen des Finanzsektors erwartet wurden

[50] Mergaert, Lut and Emanuela Lombardo, “Resistance to implementing gender mainstreaming in EU research policy”, in: Weiner, Elaine and Heather MacRae (eds): “The persistent invisibility of gender in EU policy” *European Integration online Papers* (EIoP), Special issue 1, Vol. 18, Article 5, 2014.
[51] Hubert, Agnes and Maria Stratigaki, “Twenty Years of EU Gender Mainstreaming: Rebirth out of the Ashes?”, *Femina Politica* 2, 2016, S. 30
[52] Ebenda, S. 22
[53] Ebenda, S. 23
[54] Ebenda
[55] Ebenda
[56] Jacquot, Sophie, “European Union gender equality policies since 1957”, *Encyclopédie pour une histoire nouvelle de l’Europe*, 2016, S. 3. Consulted at: http://ehne.fr/en/node/1125
[57] *Ebenda,* S. 3

(die die wirtschaftlichen Zyklen bewältigen und Wettbewerbsfähigkeit wieder herstellen sollten), hat es bisher kaum derartige Reformen gegeben[58]. **Im Kontext von Haushaltskürzungen und Sparmaßnahmen wurde die institutionelle, interaktive, finanzielle und normative Autonomie der EU-Geschlechtergleichstellungspolitik erheblich eingeschränkt[59].** Ein Bericht der Europäischen Kommission stellte schlicht und einfach fest, dass „es nicht ausgeschlossen werden kann, dass sich die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern in Europa als unbeabsichtigte Folge der finanziellen Konsolidierungsmaßnahmen wieder verstärken werden“[60].

Alle EU-Bürger waren von der Krise betroffen, aber Frauen hatten in einigen Bereichen unverhältnismäßig stark unter der Krise zu leiden. So wirkte sich beispielsweise die Krise im Wohnungswesen gravierend auf das Leben der am meisten benachteiligten Haushalte, einschließlich der allein Erziehenden und der Haushalte mit niedrigem Einkommen (unter denen Frauen überrepräsentiert sind)[61], aus. Die Rechte von schwangeren Frauen auf Mutterschaftsurlaub und Geburtenbeihilfe wurden eingeschränkt; in einigen Mitgliedsstaaten wurden Fälle von Diskriminierung schwangerer Frauen nachgewiesen (Bericht der Europäischen Kommission).

„Frauen hatten in einigen Bereichen unverhältnismäßig stark unter Sparmaßnahmen zu leiden“

Dazu kommt, dass in der großen Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten Gender Mainstreaming bei der Politikgestaltung und –umsetzung während der Krise nicht angewandt wurde. Weder Sanierungs- noch Konsolidierungsmaßnahmen wurden aus Geschlechterperspektive evaluiert[62]. **Die EU hätte die Mitgliedsstaaten auffordern können, die Geschlechterauswirkungen der umgesetzten Maßnahmen zu evaluieren, aber sie versäumte es, das zu tun.**

Schlussfolgernd muss festgestellt werden, dass die Beispiele ungenügender Anwendung von Gender Mainstreaming und die Reaktion auf die Wirtschaftskrise deutlich machen, dass die Beteiligung von Frauen an der EU-Politik und an den Wahlen zum EP dringend erforderlich ist: **ihre Stimmen sind unerlässlich, um gehört zu werden, damit künftig ähnliche Reaktionen vermieden und Fortschritte bei Geschlechtergleichstellung erzielt werden.** Die Veränderung der derzeitigen EU hin zu einem System der paritätischen Demokratie, die nicht nur Parität in allen Entscheidungsgremien und –prozessen verankert, sondern auch die politische Kultur und das System der Demokratie verändert, würde repräsentativere, integrativere und unterschiedlichere Reaktionen auf eine mögliche neue Krise und auf neue Herausforderungen

[58] *Ebenda,* S. 1
[59] Jacquot, a.a.O., S. 3
[60] EC, Generaldirektion Justiz, „Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Lage von Frauen und Männern und die Gleichstellungspolitik“, 2013, S. 13
[61] EC, a.a.O., 2013, S. 13
[62] EC, a.a.O., 2013, S. 14

garantieren. Dieser Teil hat versucht, eine Antwort darauf zu geben, warum die EU und paritätische Demokratie für Frauen wichtig sind.

Um die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 für die Förderung von paritätischer Demokratie zu nutzen, wird im folgenden Teil eine Analyse des derzeitigen Standes von Geschlechtergleichstellung bei Entscheidungsprozessen in Europa und im EP vorgenommen. Wo stehen wir jetzt? Inwieweit haben die EU und das EP das Geschlechterverhältnis verbessert, und welche spezifischen Aktionen können auf dem Weg zu paritätischer Demokratie im Hinblick auf die Wahlen 2019 unternommen werden?

Teil III – Warum ist das Geschlechterverhältnis wichtig für die Entscheidungsprozesse im EP und in der EU?

1. Unterrepräsentanz von Frauen in Entscheidungsprozessen

a. Fortdauernde Geschlechterungleichheiten in Entscheidungsprozessen

Das aktive und passive Wahlrecht von Frauen und zahlreiche andere formale Rechte wurden seit dem letzten Jahrhundert auf dem europäischen Kontinent schrittweise errungen. Frauen haben heute einen garantierten Zugang zu vielen Bereichen, die ihnen vormals verwehrt waren, wie den Zugang zu Bildung und zum formellen Arbeitsmarkt. **Diese Errungenschaften sind ein Zeugnis dafür, dass mit Unterstützung von Programmen, Finanzierung und Gesetzgebung der EU erhebliche Fortschritte in Europa erreicht wurden.** Ungeachtet dessen ist substanzielle Geschlechtergleichstellung noch nicht erreicht. Zahlreiche Beobachter, einschließlich das EP[63], stellen sogar einen Rückschritt fest[64]. Die Wahrheit ist, dass Frauen, obwohl 51% der Bevölkerung in der EU weiblich sind, in den meisten Macht- und Entscheidungsprozessen immer noch in starkem Maße unterrepräsentiert sind. Damit ist die derzeitige Entwicklung als fragwürdig anzusehen.

„In Europa wurden erhebliche Fortschritte erzielt, substantielle Gleichstellung jedoch wurde noch nicht erreicht“

Seit 2003 hat die Europäische Kommission Daten über Frauen und Männer in Entscheidungsprozessen gesammelt und verbreitet. Diese Daten werden nunmehr von EIGE[65] verwaltet, das auch länderbezogene Daten in seinem regelmäßig aktualisierten Gleichstellungsindex veröffentlicht. Wenn man die 28 EU-Mitgliedsstaaten betrachtet, stellen Frauen lediglich 20% der Präsidenten von Verfassungsgerichten, 22% der Präsidenten von nationalen Wissenschaftsakademien und 21% der Gouverneure, stellvertretenden Gouverneure und Mitglieder von Zentralbanken.

Im Bereich der politischen Entscheidungsprozesse sind 37% der EP-Abgeordneten Frauen. Auf der Ebene der nationalen Parlamente ist der Anteil von weiblichen Abgeordneten

[63] EP, Gegenreaktion gegen die Gleichstellung der Geschlechter und die Rechte von Frauen und Mädchen, Juni 2018
[64] EC, Schlussfolgerungen des Jahreskolloquiums 2017 über Grundrechte: Frauenrechte in turbulenten Zeiten, a.a.O.
[65] EIGE's gender statistics Database: https://eige.europa.eu/gender-statistics/dgs

niedriger: im Durchschnitt sind nur 30% der Abgeordneten weiblich, und die Zunahme entwickelt sich langsam (22% in 2005)[66]. Und es gibt erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten. Während beispielsweise in Schweden 46% und in Spanien 42% der Abgeordneten weiblich sind, machen weibliche Abgeordnete in Griechenland nur 18% und in Ungarn nur 13% aus[67]. Der gleiche Trend zeigt sich bei Ministerinnen. Der Anteil von Ministerinnen steigt überall langsam, aber es gibt auch hier große Diskrepanzen zwischen den Mitgliedsstaaten: In Schweden macht der Anteil von Ministerinnen 52% aus, in Frankreich 50%, in der Tschechischen Republik 29%, in Griechenland 24%, in Belgien 21%, in Portugal 17% und in Ungarn 7%[68].

Die Daten zeigen gravierende nationale Unterschiede und die systematische, fortdauernde und beunruhigende Unterrepräsentanz von Frauen in Machtpositionen. Sie machen auch deutlich, dass das derzeitige Ungleichgewicht der Geschlechter im EP im Zusammenhang mit der allgemeinen Unterrepräsentanz von Frauen in Entscheidungsprozessen und mit dem mangelnden Fortschritt im Bereich von Geschlechtergleichstellung gesehen werden muss.

„Der höhere Anteil von Frauen hat nicht zu einem erhöhten Zugang zu Entscheidungs-positionen geführt“

Wenn man sich die Statistik im Bildungsbereich ansieht, scheint der niedrige Anteil von Frauen in Entscheidungsprozessen auf den ersten Blick paradox zu sein. Laut Eurostat sind 54% der in der EU Studierenden im Tertiärbereich (Studierende an Universitäten und anderen Hochschulen) Frauen[69]. Frauen machen auch 57% der Master und 48% der Doktoranden aus[70]. Der erhöhte Anteil von gut ausgebildeten Frauen führt nicht zu einem erhöhten Zugang zu Entscheidungspositionen auf dem Arbeitsmarkt und in der Politik. **In der Tat ist der Fortschritt im Bereich der Geschlechtergleichstellung äußerst langsam und vollzieht sich nicht linear.** Laut dem Europäischen Geschlechtergleichstellungsindex von 2017, hat sich der Punktestand in einem oder mehreren Gleichstellungsindikatoren in der Hälfte der EU-Mitgliedsstaaten in den vergangenen 10 Jahren reduziert[71], was im Hinblick auf die Förderung von Geschlechtergleichstellung bedenklich stimmt.

---

[66] EIGE, gender statistics database. https://eige.europa.eu/gender-statistics/dgs/indicator/wmidm_pol_parl__wmid_natparl/datatable
EIGE, gender statistics database (2018-Q3). https://eige.europa.eu/gender-statistics/dgs/indicator/wmidm_pol_parl_wmid_natparl/datatable
[67] EIGE, gender statistics database (2018-Q3). https://eige.europa.eu/gender-statistics/dgs/indicator/wmidm_pol_parl__wmid_natparl/datatable
[68]EIGE, gender statistics database (2018-Q3). https://eige.europa.eu/gender-statistics/dgs/indicator/wmidm_pol_gov__wmid_natgov_minis/datatable
[69] Eurostat statistics explained, Education and training in the EU - facts and figures. Consulted at: http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Education_and_training_in_the_EU_-_facts_and_figures
[70] Ebenda, S. 1
[71] EIGE, *Gender Equality Index 2017 in brief: A snail's pace towards gender equality*, 2017. Laut des EIGE-Gleichstellungs-Index ist Macht der Frauen der Indikator, der sich in der letzten Dekade am meisten verbessert; allerdings gehört er zu den niedrigsten Indikatoren mit nur 48,5 Punkten.

b. Unterrepräsentanz von Frauen in EU-Entscheidungsprozessen

In Übereinstimmung mit dem vorhergehenden Teil kann festgestellt werden, **dass das Geschlechterverhältnis im EP nicht von der systembedingten Unterrepräsentanz von Frauen im gesamten politischen Entscheidungsapparat der EU getrennt werden kann.** Die Europäische Kommission hat sich für 2019 das interne Ziel gesetzt, den Frauenanteil bei mittleren und höheren Führungskräften auf 40% zu steigern. Diese Initiative ist zu begrüßen. Allerdings sind nur 32% der EU-Präsidenten und der Kommissare weiblich, und bei den höheren Führungskräften der EU machen Frauen ebenfalls nur 32% aus[72]. **Wir glauben, dass die nachdrücklichen Forderungen für paritätische Demokratie im EP positive Auswirkungen auf die Entscheidungen für andere hochrangige Posten in den EU-Einrichtungen** (Kommissare und Kommissionsvorsitz – Spitzenkandidat -, Ratspräsident, Europäische Zentralbank und andere Einrichtungen), bei denen der Wechsel ihrer obersten Führungsebene bevorsteht, haben werden.

„Wir glauben, dass die nachdrücklichen Forderungen für paritätische Demokratie im EP positive Auswirkungen auf die Entscheidungen für andere hochrangige Positionen in den EU-Einrichtungen haben werden“

Ein System der paritätischen Demokratie ist nicht auf eine gerechte Vertretung beider Geschlechter in repräsentativen Gremien (z.B. im Parlament) begrenzt. **Es bewirkt die Festlegung von Parität in der gesamten Governance-Struktur,** in allen Institutionen und Gremien. Die Unterrepräsentanz von Frauen in allen Entscheidungspositionen macht das Fehlen von substantieller Gleichstellung in Europa deutlich, was uns dazu bringt, **ein demokratisches für Parität einstehendes System in der EU zu fordern.** Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 sind eine Gelegenheit, den Weg in diese Richtung zu gehen.

2. Der derzeitige Stand: Frauen in der EU

a. Weibliche EP-Abgeordnete

Seit den ersten Wahlen zum Europäischen Parlament hat sich die Zahl der weiblichen EP-Abgeordneten erhöht. Von einem 16%igen Anteil an weiblichen Abgeordneten bei den ersten EP-Wahlen im Jahr 1979 stieg der Anteil auf 37%, was ein Ausdruck kontinuierlichen Fortschritts ist. Allerdings weist die Europäische Kommission darauf hin, dass „**das Niveau der weiblichen Vertretung seit den EP-Wahlen 1999 weitgehend stagniert“[73].** So erhöhte sich der Anteil von Frauen im EP im Vergleich der Wahlen von 2009 zu denen in 2014 lediglich um 2%. Das EP stellte fest, dass seine Zusammensetzung im Hinblick auf das Geschlechterverhältnis „weit hinter

[72] EIGE, gender statistics database, (2018-Q3). https://eige.europa.eu/gender-statistics/dgs/indicator/wmidm_adm_eur__wmid_euadmin_eurins/datatable
[73] Europäische Kommission, Frauen in der europäischen Politik - Zeit zum Handeln, 2009.

den Werten und Zielen der in der Charta verankerten Gleichstellung von Männern und Frauen zurückbleibt“[74].

Der prozentuale Anteil von weiblichen EP-Abgeordneten der jeweiligen Länder variiert beträchtlich. So hat Malta den höchsten weiblichen Anteil (67% in 2014), wobei Malta insgesamt nur 6 Abgeordnete hat[75]. Im Unterschied dazu wurden in Litauen nur 9% weibliche Abgeordnete gewählt (bei 11 Abgeordneten insgesamt)[76]. Mitgliedsstaaten mit einer höheren Anzahl von Abgeordneten, wie Deutschland, Frankreich, das Vereinigte Königreich, Italien und Spanien haben einen Anteil an gewählten weiblichen Abgeordneten zwischen 35% und 43%[77]. Griechenland hat 24% weibliche Abgeordnete (bei 21 Sitzen insgesamt)[78]. Die Tatsache, dass 10 Mitgliedsstaaten einen Anteil an weiblichen EP-Abgeordneten von weniger als 33% haben, macht die erheblichen Unterschiede deutlich[79].

Ebenso **gibt es einen Mangel an ethnischer Vielfalt bei den weiblichen (und männlichen) EP-Abgeordneten.** Eine von der EWL erarbeitete Analyse zeigte 2013 auf, dass Frauen ethnischer Minderheiten oder unterschiedlicher Herkunft weniger als 2% der EP-Abgeordneten ausmachen[80]. Um alle EU-Bürgerinnen und –Bürger wirklich zu vertreten, **müssen Frauen und Männer in ihrer gesamten Vielfalt im EP vertreten sein.** Die Tatsache, dass sich Geschlecht mit anderen personengebundenen Merkmalen oder Identitäten überschneidet, führt zu stärkerer Diskriminierung[81] und hat Auswirkungen auf die gleiche Repräsentanz von Frauen verschiedener marginalisierter Gruppen (wie beispielsweise Frauen verschiedener Ethnien oder religiöser Minderheiten, Frauen mit Behinderungen, Lesben, Transfrauen und Migrantinnen) im EP.

b. Die Rolle von Frauen im EP

Viele der weiblichen EP-Abgeordneten haben einen hervorragenden Beitrag zum effektiven Funktionieren der EU und ihrer Demokratie geleistet. Zwei Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit zeugen davon: die Arbeit der EP-Abgeordneten Judith Sargentini, die sich als Berichterstatterin zur Anwendung des Artikels 7 des Vertrages über die Europäische Union[82] über die undemokratischen Entwicklungen in Ungarn äußerte und sich

„Der FEMM-Ausschuss hat Themen wie Gewalt gegen Frauen auf die politische Agenda der EU gebracht“

[74] EP, Entschließung vom 11. November 2015 zur Reform des Wahlrechts der Europäischen Union (2015/2035 (INL)).
[75] EP, EP, Generaldirektion Interne Politikbereiche, "Analyse der Politik politischer Parteien und unabhängiger Kandidaten für die Gleichstellung der Geschlechter im Europäischen Parlament nach den Wahlen von 2014", 2015, S. 18.
[76] Ebenda
[77] Ebenda
[78] EP, Ergebnisse der Europawahl 2014, Verteilung von Männern und Frauen. http://www.europarl.europa.eu/elections2014-results/de/gender-balance.html
[79] EP, Resolution vom 11. November 2015, ebenda
[80] EWL, *Lobbying Kit ahead of the EP elections in May 2014*, 2013
[81] EIGE, definition of intersectionality. Consulted at http://eige.europa.eu/rdc/thesaurus/terms/1263
[82] EP, Bericht über einen Vorschlag, mit dem der Rat aufgefordert wird, gemäß Artikel 7 Absatz 1 des Vertrags über die Europäische Union zu prüfen, dass eindeutig die Gefahr besteht, dass Ungarn die Werte, auf denen die Union beruht, ernsthaft verletzt (2017) / 2131 (INL)), 2017

heftigen Kontroversen ausgesetzt sah. Genannt seien auch die Bemühungen der EP-Abgeordneten Danuta Hübner und Sylvie Guillaume im Zusammenhang mit der Reform des EU-Transparenzregisters[83]. **Das EP und besonders der FEMM Ausschuss haben eine Schlüsselrolle im Wirken für eine größere Geschlechterausgewogenheit und Gleichstellung gespielt.** Der Ausschuss hat seit 1980 zahlreiche neue Themen auf die politische Agenda gebracht, wie Gewalt gegen Frauen, die Konditionalität für Berücksichtigung von Geschlechtergleichstellung in Handelsabkommen, die notwendige Unterstützung für mithelfende Ehefrauen in der Landwirtschaft…[84]

Außer den weiblichen EP-Abgeordneten arbeiten viele andere Frauen im EP, deren Beitrag für das effektive Funktionieren dieses Gremiums von wesentlicher Bedeutung ist. Anlässlich des Internationalen Frauentages veröffentlichte das EP einen Bericht[85] über die Geschlechterzusammensetzung des Personals in den verschiedenen Einrichtungen des EP: Frauen machen nahezu 60% der Beschäftigten im EP-Sekretariat aus. Bei den Führungspositionen jedoch widerspiegelt sich diese Geschlechterzusammensetzung nicht, was bedeutet, dass die gläserne Decke bei den im EP-Sekretariat Beschäftigten ziemlich hoch ist[86].

„Frauen machen die Mehrheit der Beschäftigten im EP-Sekretariat aus, was indessen in Führungs-positionen nicht der Fall ist“

So sind beispielsweise beim Generalsekretär und bei den Generaldirektoren nur 17%, bei den Referatsleitern nur 43% Frauen. Bei den in 2016 neu besetzten Führungspositionen machen Männer einen Anteil von 89% aus[87]. Diese Zahlen machen deutlich, dass es **neben der Erhöhung der Anzahl weiblicher Abgeordneter im EP dringend nötig ist, paritätische Demokratie umzusetzen und die gesamte Struktur des EP dahin gehend zu verändern, dass es die Gesellschaft vertritt und in dem sich Geschlechtergleichstellung widerspiegelt.**

3. Wie können wir Geschlechterausgeglichenheit erreichen?

Die feministische Theorie hat die verschiedenartigen Ursachen für Geschlechterungleichheit, auch im Bereich von Entscheidungsprozessen, bereits aufgezeigt: die historische Diskriminierung von Frauen, Geschlechterrollen und Stereotype und das Fortbestehen sexistischer Haltungen. Es ist notwendig, die Komplexität und Multidimensionalität der Faktoren, auf denen Geschlechterungleichheit beruht, zu erkennen. **Die Anerkennung der Gleichheit zwischen Frauen und Männern als ein Grundprinzip des politischen Systems mittels paritätischer Demokratie hätte den Effekt, die derzeitige Landschaft radikal zu**

[83] Pressemitteilung des Europäischen Parlaments, „Neues Paket von Transparenzinstrumenten für Europaabgeordnete“, 27. Juni 2018. Konsultiert unter: http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180627IPR06705/new-package-of-Transparenz-Tools für MEPs
[84] Siehe Aktivitäten des FEMM-Ausschusses unter: http://www.europarl.europa.eu/committees/de/femm/home.html
[85] EP , *Frauen im Europäischen Parlament*, Europäisches Parlament, Referat Gleichstellung und Vielfalt, 2017
[86] Ebenda, S. 8
[87] Ebenda, S. 7

verändern. Obwohl die in den EU-Verträgen festgelegten Bestimmungen eine solche Veränderung gestatten würden, wie bereits in Teil I aufgezeigt, würde der derzeitige politische Kontext paradoxerweise solch einen mutigen Schritt in naher Zukunft aller Wahrscheinlichkeit nach nicht ermöglichen. Deshalb wollen wir uns auf **kleine Schritte konzentrieren, die nachweislich Auswirkungen auf die Zusammensetzung des EP und die Vielfalt der in den Ländern gewählten männlichen und weiblichen EP-Abgeordneten haben.**

a. Geschlechterquoten

Der positive Effekt, den Geschlechterquoten auf die zunehmende Geschlechterausgewogenheit haben, wird allgemein anerkannt. Geschlechterquoten bei politischen **Entscheidungsprozessen und Reißverschluss-Systeme sind nachgewiesenermaßen effektive Instrumente**, um Diskriminierung und Machtungleichheit der Geschlechter zu thematisieren und die demokratische Repräsentanz in politischen Entscheidungsgremien zu verbessern[88].

„Bei den vorigen Wahlen zum EP hatten nur acht Mitgliedsstaaten geschlechtergerechte Anforderungen an die Wahllisten“

Es gibt zwei Arten von Quoten: Quoten in politischen Parteien (haben sie selbst beschlossen) und Quoten, die durch innerstaatliche Rechtsvorschriften festgelegt werden[89]. In Bezug auf rechtskräftige Quoten hatten nur 8 Mitgliedsstaaten bei den vorigen EP-Wahlen geschlechtergerechte Anforderungen an die Wahllisten[90]. **Alle Quoten waren geschlechterneutral. Das heißt, dass sie die Unterrepräsentanz sowohl von Frauen als auch von Männern verhindern sollten.** Geschlechterproportionen wurden somit auf beide Geschlechter angewandt[91].

Nur Belgien und Frankreich verlangen paritätische Listen 50:50. In Slowenien und Spanien muss jedes Geschlecht mindestens 40% auf den Kandidatenlisten ausmachen, in Portugal 33% und in Polen mindestens 35%, In Rumänien besagen die Regelungen, dass weder eine nur aus Frauen noch ein nur aus Männern bestehende Liste möglich ist[92]. Es hat sich heraus gestellt, dass Quoten, die einen höheren Anteil von Frauen auf den Stimmlisten der Parteien verlangen, die Wahl von mehr Frauen ermöglichen[93].

„Listenplätze und Sanktionen bei Verstößen spielen eine wesentliche Rolle für die Wirksamkeit von Geschlechterquoten“

Neben dem prozentualen Anteil des Geschlechts spielen zwei andere Faktoren eine

.O.
lsysteme auf die politische Vertretung von Frauen Europäisches Parlament,

n, Slowenien, Rumänien und Polen.
Europäischer parlamentarischer Forschungsdienst, *Auf einen Blick - Frauen in Parlamenten*, 2014
[92] Ebenda, S. 2
[93]Gwiazda, Anna, 2018, “Gender quotas – can they enhance women’s parliamentary representation?”, *Political Studies Association Specialist Group on Parliaments*, consulted at https://parliamentsandlegislatures.wordpress.com/2017/09/27/gender-quotas-poland/

wesentliche Rolle für die Wirksamkeit von Geschlechterquoten: der Listenplatz (höhere Listenplätze bieten höhere Chancen, gewählt zu werden) **und Sanktionen bei Verstößen** (wenn es keine Sanktionen gibt, ist die Umsetzung eher unwahrscheinlich)[94]. Einige Mitgliedsstaaten nutzen das Reißverschluss-System, in dem die Kandidaten der Geschlechter auf den Listen alternieren. Frankreich hat dieses System für die gesamte Liste, während es Belgien lediglich für die Spitzenpositionen anwendet. Portugal verbietet mehr als zwei aufeinander folgende Kandidaten gleichen Geschlechts. In Spanien muss ein Anteil von 40-60% pro fünf Kandidaten auf der Liste eingehalten werden[95]. In Bezug auf Sanktionen bei Verstößen sind die Wahllisten in Spanien, Slowenien und Rumänien ungültig, wenn die Geschlechter-Quoten nicht eingehalten werden. In Portugal werden die Listen zugelassen, auch wenn die Geschlechterquoten nicht berücksichtigt werden. Allerdings werden Parteien oder Koalitionen mit einer teilweisen oder gänzlichen Streichung der Wahlkampf-Gelder bestraft[96].

Die EU hat die Mitgliedsstaaten aufgefordert, Geschlechterquoten zu beschließen, und sie hat ihnen empfohlen, das „Reißverschluss-System" einzuführen. Allerdings hat sie das nur als soft law vorgeschlagen und hat dafür unverbindliche Instrumente, wie Empfehlungen, genutzt. **Die EU hat keine rechtsverbindlichen Bestimmungen zur Einführung von Quoten oder anderen positiven Maßnahmen zur Sicherung eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses**[97]. Da die positiven Effekte nachgewiesen sind, sollte die EU solide Dokumente und Maßnahmen zu Quoten beschließen.

b. Wahlsystem

Staaten mit Mehrheitswahlsystem haben tendenziell einen geringeren weiblichen Anteil als Länder mit Verhältniswahlsystem[98]. Die Zahl der in den Wahlbezirken Gewählten ist also auch von Bedeutung. Wenn Parteien die Chance haben, mehr als eine Stimme zu gewinnen, sind sie möglicherweise bereit, männliche und weibliche Kandidaten zu berücksichtigen[99]. Angesichts dessen könnte die EU den Mitgliedsstaaten vorschlagen, das Verhältniswahlsystem mehr zu nutzen und wenn möglich, mehr als einen Sitz pro Wahlbezirk vorzusehen. Gleichzeitig sollten Mitgliedsstaaten mit Mehrheitswahlsystem konkrete Anstrengungen unternehmen, damit beide Geschlechter gleichermaßen vertreten sind.

c. Die Rolle politischer Parteien und ihre Wertvorstellungen

Die Rolle der politischen Parteien ist für die Geschlechterausgewogenheit im Parlament von entscheidender Bedeutung, weil sie „Hüter" des Zugangs zu politischen Ämtern in demokratischen politischen Systemen sind[100]. Kriterien und Prozesse für die

„Es reicht nicht, dass politische Parteien Kandidatinnen und Kandidaten ausschließlich aus den Reihen ihrer Mitglieder rekrutieren"

[94] Ebenda, S. 1
[95] Europäischer parlamentarischer Forschungsdienst, a.a.O.
[96] Ebenda, S. 2
[97] EP, 2015, a.a.O.
[98] EC, 1999, a.a.O.
[99] Ebenda, S. 6
[100] Ebenda, S. 3

Auswahl der Kandidaten sind die wichtigsten zu beachtenden Faktoren. Einige spezifische Faktoren führen dazu, mehr männliche als weibliche Kandidaten auszuwählen: Voreingenommenheit in Bezug auf „männliche“ Charakteristika im Profil des idealen Kandidaten, männlich dominierte Auswahlausschüsse, Transparenz des Auswahlprozesses, Erfordernis der früheren politischen Erfahrungen in der Partei und die langjährige Mitgliedschaft in der Partei[101]. Weil die Anteile von weiblichen Mitgliedern in den Parteien geringer sind**, reicht es nicht, dass politische Parteien Kandidatinnen und Kandidaten ausschließlich aus ihren eigenen Mitgliedern rekrutieren**[102].

Zusätzlich spielt die rechte oder linke Ideologie von Parteien eine Rolle, ob sie eine größere oder eine geringere Zahl von Kandidatinnen auf ihre Wahllisten setzen. **Linke Parteien neigen eher zu Regelungen und zeigen sich deshalb für selbstauferlegte Maßnahmen zur Sicherung paritätischer Demokratie**[103] **offen**. Das wird bestätigt, wenn man sich den prozentualen Anteil von männlichen und weiblichen EP-Abgeordneten in den Fraktionen des EP ansieht. Linksorientierte Fraktionen haben den höchsten Anteil an weiblichen Abgeordneten[104]. Die Fraktion Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke hat den höchsten Anteil an weiblichen Abgeordneten (51%), gefolgt von der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (46%). Die Fraktion Europäische Konservative und Reformisten hat den niedrigsten Anteil an weiblichen Abgeordneten aller Fraktionen des EP (21%)[105]. Unabhängig von ihrer Ideologie treten alle europäischen Fraktionen für europäische Werte ein, und deshalb sollte die Sicherung eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses für alle eine Priorität sein.

d. Erhöhung der Anzahl von Kandidatinnen

Einer der Hauptgesichtspunkte ist die niedrigere Anzahl von weiblichen als männlichen Kandidaten. Die Gründe dafür sind komplexer Natur. Ergänzend zu den bereits genannten Gründen, meinen einige, dass Kandidatinnen über geringere Ressourcen verfügen (Zeit und Geld), weniger politisches Interesse haben und sich weniger zutrauen. Tatsächlich belegt eine Studie, dass das größte Hemmnis für Frauen, die sich für ein Amt zur Wahl stellen wollen, ihr Selbstvertrauen und ihr Leistungsvermögen bei der Bewerbung ist[106].

Es ist wichtig, Frauen zu ermutigen, sich zur Wahl zu stellen. Politische Parteien müssen die dafür notwendigen Bedingungen schaffen.

Es ist davon auszugehen, dass sich mehr Männer als Frauen für ein Amt zur Wahl stellen (59% zu 43%). Und mehr Männer als Frauen, die derzeitig für ein Amt kandidieren, werden gewählt (20% zu 15%)[107]. Es braucht finanzielle Ressourcen, externe Befürwortung und Unterstützung, wenn das

[103] EP, 1997, a.a.O.
[104] EP, 2015, a.a.O.
[105] Ebenda, S. 2
[106] Kürschner, a.a.O.
[107] Ebenda, S. 26

Selbstvertrauen nicht groß genug ist. Allerdings erhalten Frauen weniger Ermutigung als Männer durch ihre Familien, ihre Kolleginnen und Kollegen und ihre Partei[108]. Das verfestigt den Status quo und den Teufelkreis, was Frauen daran hindert[109], sich zur Wahl zu stellen. Angesichts dessen **ist es bedeutsam, dass Frauen ermutigt werden, sich zur Wahl zu stellen, und in den politischen Parteien alle Bedingungen dafür geschaffen werden, damit dieses Ziel erreicht wird.**

e. Faire Darstellung in den Medien

Einige Studien haben die Rolle der Medien und ihre Auswirkungen auf die politische Teilnahme und den Erfolg von Frauen untersucht. Medien sind unverhältnismäßig kritischer gegenüber Kandidatinnen und Politikerinnen, und sie konzentrieren sich mehr auf die persönlichen Eigenschaften und das Erscheinungsbild von Frauen als von Männern[110]. Beim Blick auf die Medienberichterstattung hat die Europäische Beobachtungsstelle für Geschlechterdarstellung in den Medien, eine Initiative zum Medien-Monitoring, 2012 festgestellt, dass **nur 16% der in den Medienberichten erwähnten Politiker Frauen waren[111].** Folglich hat die stereotype und unzureichende Darstellung von Kandidatinnen und Politikerinnen in den Medien nicht nur Auswirkungen auf den politischen Erfolg von Frauen, sondern hat auch eine negative Wirkung auf die Absicht von Frauen, sich zur Wahl zu stellen[112].

„Kandidatinnen und Politikerinnen erfahren nur geringe Aufmerksamkeit und eine stereotype Berichterstattung in den Medien“

Abschließend ist festzustellen, dass sich die EU und alle politischen Akteurinnen und Akteure mit den genannten Faktoren (Geschlechterquoten, Wahlsysteme, Rolle der politischen Parteien, Anzahl weiblicher Kandidaten, faire Darstellung in den Medien) beschäftigen sollten, da diese nachweislich Instrumente für eine größere Geschlechterausgewogenheit und für die schrittweise Herstellung eines Systems der paritätischen Demokratie sind.

4. Teilnahme an Wahlen zum EP

Politische Teilnahme ist mehr, als nur einen Zettel in die Wahlurne zu werfen; sie hat viele Formen. Frauen in der EU sind auf vielerlei Weise politisch aktiv (meistens unsichtbar), und es ist schwierig, wenn nicht gar unmöglich, das informelle und formelle Engagement von Frauen nachzuvollziehen. Dieses Strategiepapier kann nicht alle verschiedenen Wege der politischen Aktivitäten von Frauen im Rahmen der EU aufzeigen. Es konzentriert sich pragmatisch auf das politische Engagement von Frauen in den Wahlen zum EP.

„Die Beteiligung an den Wahlen zum EP hat seit den ersten Wahlen ständig abgenommen“

[108] Ebenda, S. 27
[109] Ebenda, S. 27
[110] EP, 2015, a.a.O.
[111] Oleksy, Elżbieta H., “More women in political decision-making: the role of the media”, *Worksh ance in the European Parliament - EP Elections 2014*, 2013.
[112] EP, 2015, a.a.O.

Ein markantes Beispiel für eine erfolgreiche politische Teilnahme von Frauen war die vom Europäischen Netzwerk von Frauen in Führungspositionen durchgeführte Kampagne vor den Wahlen zum EP 1994. Zu Beginn der neuen Legislaturperiode erhöhte sich der Frauenanteil von 19% in der vorangegangenen Legislaturperiode auf 25%. Das Netzwerk löste sich später auf. Es dauerte bis 2004, als die EWL ihre erste 50/50 Kampagne für eine gleiche Repräsentanz von Frauen und Männern im EP mit nur geringen Ressourcen startete[113]. Angesichts der Bedeutung politischer Teilnahme von Frauen in der EU konzentriert sich dieser Teil besonders auf die Beteiligung von Frauen an den Wahlen zum EP und ihre Ansichten zur EU.

a. Geschlechterunterschiede in der Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung von Frauen und Männern insgesamt betrug bei den Wahlen zum EP 2014 42,6%[114]. Das ist die niedrigste Wahlbeteiligung, die es jemals gab. In der Tat hat die Beteiligung an den Wahlen zum EP seit den ersten Wahlen ständig abgenommen.

Eine Analyse mit Blick auf die Geschlechter macht deutlich, dass **durchgängig mehr Männer als Frauen abstimmen.** Bei den Wahlen zum EP 2014 betrug die Wahlbeteiligung von Männern 45%, bei Frauen 40,7%[115] mit großen Unterschieden in den einzelnen Ländern. So wählten beispielsweise in Schweden mehr Frauen als Männer (59% zu 42%). In der Mehrzahl der Mitgliedsstaaten allerdings war die Wahlbeteiligung von Frauen niedriger: unter den 28 Mitgliedstaaten gab es nur 9 Länder, in denen mehr Frauen als Männer zur Wahl gingen. In Griechenland zum Beispiel betrug die Wahlbeteiligung von Frauen 23% und die der Männer 28%; in Deutschland waren es 45% Frauen und 52% Männer[116]. Überdies **vergrößerte sich der Abstand zwischen der Wahlbeteiligung von Männern und Frauen** von 2 Punkten in 2009 auf 4 Punkte in 2014[117].

Die Erhöhung der Wahlbeteiligung an den nächsten Wahlen zum EP ist eines der Ziele der Europäischen Kommission[118]. Dazu zählt auch ihr Interesse, die Wahlbeteiligung von Frauen zu erhöhen und die Gründe für ihre prozentual niedrige Beteiligung herauszufinden. Die feministische Theorie hat bereits deutlich gemacht, wie Frauen in der Geschichte darin gehindert wurden, sich im öffentlichen Raum, insbesondere im Politik-Bereich, zu engagieren. Ungeachtet dessen muss die EU mehr als je zuvor Frauen ermutigen, sich an den Wahlen zum EP zu beteiligen.

---

[113] To know more about EWL's campaigns for parity democracy in the EU consult: https://www.womenlobby.org/-European-Parliament-50-50-Campaign-?lang=en
[114] EP, Ergebnisse der Europawahlen 2014, Wahlbeteiligung. Unter http://www.europarl.europa.eu/elections2014-results/en/turnout.html
[115] EP, Wahlen zum Europäischen Parlament und zu den nationalen Wahlen, Sonderausgabe Europawahl 2014, 2014.
[116] EP, Wahlen zum Europäischen Parlament und zu den nationalen Wahlen, *ebenda*, S. 42.
[117] EP, Wahlen zum Europäischen Parlament und zu den nationalen Wahlen, *ebenda*, S. *3*
[118] EC, *Europäische Kommission, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Bericht über die Wahlen zum Europäischen Parlament 2014,* 8. Mai 2015

Das Strategiepapier hat versucht, in Teil I aufzuzeigen, dass paritätische Demokratie nicht nur für substantielle Geschlechtergleichstellung notwendig ist, sondern dass es für das demokratische System und die Zukunft der EU von grundlegender Bedeutung ist. **Ein System paritätischer Demokratie würde eine bessere Repräsentanz von EU-Bürgerinnen und –Bürger bedeuten und würde die Teilnahme an Wahlen erhöhen und die Demokratie stärken.**

Aber wie sind die Aussichten für die anstehenden Wahlen 2019 zum Europäischen Parlament? Der nächste Teil untersucht diese Frage.

b. Geringeres EU-Interesse von Frauen als von Männern

Im Mai 2018 wurden die Ergebnisse der Meinungsumfrage „Ein Jahr vor der Europawahl" veröffentlicht. Sie sind Ausdruck der Meinungen und Ansichten von EU-Bürgerinnen und –Bürger hinsichtlich ihrer Unterstützung für die EU, für ihre Demokratie und für andere damit zusammenhängende Aspekte. **Wie schon das Wahlverhalten von Frauen und Männern bei den vorangegangenen EP-Wahlen deutlich machte, zeigen Frauen weniger Interesse an der EU als Männer.** Dieses Ergebnis ist nicht neu: Frauen haben traditionell weniger Interesse an Politik und an der EU gezeigt, wie das auch bei vorherigen Meinungsumfragen zum Ausdruck kam[119]. Warum sind Frauen offensichtlich und fortdauernd weniger an der EU interessiert als Männer? In Anbetracht der Tatsache, dass Frauen die Hälfte der EU-Bevölkerung ausmachen, gibt das Geschlechtergefälle beim Thema „Interesse an der EU" Anlass zur Besorgnis.

„In Anbetracht der Tatsache, dass Frauen die Hälfte der EU-Bevölkerung ausmachen, gibt das Geschlechtergefälle beim Thema „Interesse an der EU" Anlass zur Besorgnis"

Bei der im Rahmen der Meinungsumfrage vom Mai 2018 gestellten Frage nach dem Interesse für „europäische Angelegenheiten" äußerten sich 60% der Männer positiv, während es bei den Frauen nur 49% waren. 50% der Frauen erklärten, kein Interesse zu haben, bei den Männern waren es 40%. **Der gleiche Trend zeigte sich bei der Frage „Interessieren Sie sich für die kommenden (EP)-Wahlen oder eher nicht?" Auch hier zeigte sich bei den Frauen ein geringeres Interesse:** 52% der Frauen erklärten, sie interessieren sich nicht für die Wahlen; bei den Männern waren es 45%. Bei der Frage nach dem Interesse für die Wahlen äußerten sich 46% der Frauen und 54% der Männer dafür.

Die Mehrheit der Frauen und Männer fanden, dass die EU-Mitgliedschaft ihres Landes eine gute Sache ist (60%) und dass ihr Land davon profitiert hat, Mitglied der EU zu sein (67%). Aber Frauen sind augenscheinlich weniger von den Vorteilen der EU überzeugt als Männer: 58%

[119] Europäisches Netzwerk "Frauen in Entscheidungsprozessen", *Statistische Daten zur Beteiligung von Frauen an politischen und öffentlichen Entscheidungsprozessen,* 1992

der Frauen fanden, dass die Mitgliedschaft eine gute Sache ist im Vergleich zu 61% der Männer. Und 65% der Frauen bestätigten den Nutzen der Mitgliedschaft im Vergleich zu 69% der Männer.

„Die Meinungsumfrage vom 2018 macht deutlich, dass Frauen weniger interessiert an der EU und unzufriedener mit ihr

Andere Gründe für das ungleiche Geschlechterverhältnis in Parlamenten ist der Mangel an weiblichen Vorbildern und an mangelndem Selbstvertrauen von Frauen, sich in einer männerdominierten politischen Kultur zu behaupten[120]. Weil die Welt der Politik so lange männerdominiert war (und es immer noch ist), würden mehr Frauen in der Politik und mehr Aufmerksamkeit für ihr Wirken das Interesse von Frauen an EU-Politik steigern. Das Beispiel von Schweden ist interessant: Bei den EP-Wahlen 2014 wurden 55% weibliche Abgeordnete gewählt, und die Wahlbeteiligung von Frauen betrug 59%.

Diese Ergebnisse machen deutlich, dass es an der Zeit ist, das demokratische System der EU aus der Geschlechterperspektive zu überdenken und umzugestalten. **Wenn die Hälfte der Bevölkerung weniger Interesse an und unzureichende Zufriedenheit mit der EU zeigt, heißt das, dass die EU die Bedürfnisse eines großen Teils ihrer Bürger nicht berücksichtigt.** Der Weg zu paritätischer Demokratie, die Frauen in ihrer Vielfalt einschließt, ist notwendig, um die politische Beteiligung von Frauen zu steigern und letztendlich die gesamte EU-Bürgerschaft zu vertreten. Die Ergebnisse der Meinungsumfrage sagen eine niedrigere Beteiligung von Frauen als von Männern an den EP-Wahlen voraus. **Dem entgegen zu wirken, ist die Aufgabe von EU-Institutionen und anderen Akteurinnen und Akteuren, wie beispielsweise Frauenverbänden. Sie müssen Anstrengungen unternehmen, um die Geschlechterungleichheiten in der politischen Teilhabe im Rahmen der EU und insbesondere das Geschlechtergefälle beim Thema „Interesse an der EU“ zu thematisieren.**

Teil IV – Herausforderungen und Chancen im Zusammenhang mit den EP-Wahlen 2019 und darüber hinaus

Dieser Teil untersucht die möglichen Herausforderungen und die Chancen im derzeitigen EU-Kontext, 2019 Geschlechterausgewogenheit zu erreichen, ein System der paritätischen Demokratie auf den Weg zu bringen und damit die EU umzugestalten.

1. Herausforderungen

a. Erstarken des Populismus und der extremen Rechten

In den vergangenen Jahren hat die Unterstützung für die extreme Rechte und die populistischen politischen Parteien

„Populistische und rechtsextreme Parteien fallen durch ihre gegen Gender und gegen die EU gerichtete Ideologie auf“

[120] EP, 2015, a.a.O.

in Europa und in der Welt ständig zugenommen. Die populistische extreme Rechte hat in Osteuropa, Österreich, Italien und Skandinavien ihre Wahlergebnisse erhöht: diese Parteien sind jetzt in 5 EU-Mitgliedsstaaten an der Regierung beteiligt[121]. Sie haben auch in anderen Mitgliedsstaaten (in Dänemark, in Frankreich und im Vereinigten Königreich) ihre Positionen gestärkt. Wie eine Analyse der Wahlergebnisse in 22 europäischen Staaten ergab, ist **die Unterstützung dieser Parteien heute größer als jemals im Verlaufe der vergangenen dreißig Jahre[122].** Die nationalistische Ideologie dieser Parteien bekämpft die EU. Sie stellen demokratische Werte infrage, allen voran Geschlechtergleichstellung. Untersuchungen haben ergeben, dass Männer eher zu rechtspopulistischen Parteien neigen als Frauen[123]. So haben in Schweden beispielsweise 20% der Männer ihre Präferenz für die Schwedendemokraten betont, während es bei den Frauen nur 10% waren[124].

Im Allgemeinen werden die Werte und die politische Identität dieser Parteien als antifeministisch charakterisiert. Einige Populisten geben an, Verteidiger der Rechte von Frauen und Homosexuellen zu sein, während andere explizit antifeministisch sind. Ihre **Priorität ist auf Wiederherstellung der traditionellen Geschlechterrollen und Familienstrukturen gerichtet, und sie kämpfen gegen das, was sie die „Geschlechterideologie" nennen[125]**. Die Identität dieser Parteien in Europa kann auch als anti-europäisch bzw. als euro-skeptisch bezeichnet werden. Sie kritisieren die EU wegen verschiedener ökonomischer, politischer und sozialer Themen, einschließlich ihrer Förderung von Geschlechtergleichstellung. **So beschuldigen sie die EU, auf Kosten der Zerstörung des traditionellen Familienlebens einer so genannten „Geschlechter-Agenda" zugestimmt zu haben[126].** Laut verschiedenen Analytikern wird die von der EU erklärte Förderung von Geschlechtergleichstellung als Element eines umfassenden Kolonisierungsprogramms gesehen. Für einige in osteuropäischen Ländern wird das, was einstmals Marxismus war, jetzt durch „Geschlechterpolitik" ersetzt[127].

„Populistische und rechtsextreme Parteien verteidigen traditionelle Geschlechterrollen und Familienstrukturen"

Während durch das Erstarken des Populismus und der extremen Rechten EU-Werte wie Demokratie und Geschlechtergleichstellung in Frage gestellt werden, würde ein System der paritätischen Demokratie im Gegenteil die Werte festigen und das europäische Projekt stärken. **Mit Blick auf die bevorstehenden Wahlen zum EP kann Unterstützung von**

[121] Tartar, Andre, "How the Populist Right Is Redrawing the Map of Europe", Bloomberg 2017. Consulted at https://www.bloomberg.com/graphics/2017-europe-populist-right/
[122] Ebenda, S. 1
[123] Spierings, Niels and Andrej Zaslove, "Gendering the vote for populist radical-right parties" *Patterns of Prejudice*, Volume 49, Issue 1-2: Gender and Populist Radical Right Politics, 2015, S.135-162
[124] Die Schwedendemokraten (SD) haben eine stärkere Unterstützung von Männern als von Frauen laut einer Umfrage zur Parteipräferenz von 2017, Statistiska Centralbyrån (SCB).
[125] Flemming, Matilda, Oriane Gilloz and Nima Hairy, "Getting to know you: mapping the anti-feminist face of right-wing populism in Europe" Open Democracy, 2017. Consulted at: https://www.opendemocracy.net/can-europe-make-it/matilda-flemming/mapping-anti-feminist-face-of-right-wing-populism-in-europe
[126] Mcrobbie, Angela, "Anti-feminism and anti-gender far right politics in Europe and beyond", Open Democracy, 2018. Consulted at https://www.opendemocracy.net/can-europe-make-it/angela-mcrobbie/anti-feminism-and-anti-gender-far-right-politics-in-europe-and-be
[127] Ebenda, S. 1

Populismus und der extremen Rechten nur als Herausforderung für die Förderung von Geschlechtergleichstellung und Parität in der EU betrachtet werden. Wie bereits in Teil I aufgezeigt, ist ein System der paritätischen Demokratie eine Schlüsselfrage für die EU, um diesen undemokratischen Entwicklungen zu begegnen. In diesem Sinne darf die EU keine Gelegenheit ungenutzt lassen, um Geschlechterausgewogenheit zu fördern und gegen diese antiliberalen Tendenzen vorzugehen. Deshalb sind die Europa-Wahlen 2019 von fundamentaler Bedeutung. Das ist nicht nur für die Institutionen, sondern auch für die EU-Bürger insgesamt, besonders aber für Frauen wichtig, wie das in Teil II aufgezeigt wurde.

b. Geschlechterstereotype und Frauen in der Politik

Im im Juni 2017 veröffentlichten Spezial-Barometer „Gleichstellung der Geschlechter 2017, Stereotype und Frauen in der Politik“ finden sich die Meinungen der EU-Bürgerinnen und –Bürger zum Thema Gleichstellung der Geschlechter und anderen damit im Zusammenhang stehenden Themen wieder.

Einige Ergebnisse sind durchaus positiv. So sind beispielsweise 91% der Befragten der Meinung, dass die Förderung von Geschlechtergleichstellung wichtig ist, um eine gerechte und demokratische Gesellschaft zu fördern. **86% meinen, dass eine Politikerin ihre Interessen durchaus vertreten kann**[128]. Sieben von zehn Befragten (70%) befürworten gesetzliche Maßnahmen, um eine zahlenmäßige Gleichstellung von Männern und Frauen in der Politik zu gewährleisten, und 30% sind voll und ganz für solche Maßnahmen. Fast ein Viertel spricht sich dagegen aus, und 8% der Befragten sind voll und ganz dagegen. **Frauen sprechen sich nicht nur insgesamt häufiger für solche gesetzlichen Maßnahmen aus als Männer** (73% gegenüber 66%), sondern befürworten diese vor allem häufiger voll und ganz (33% gegenüber 27%)[129].

„Die Mehrheit der Befragten ist der Meinung, dass Gleichstellung der Geschlechter in der

Andere Ergebnisse sind allerdings äußerst besorgniserregend. Unter den Männern sind sechs von zehn Befragten (57%) der Ansicht, dass die Gleichstellung der Geschlechter in der Politik Realität ist, und 15% sagen, dass dies auf jeden Fall zutrifft. Im Gegensatz dazu sind unter den befragten Frauen 45% der Auffassung, dass Gleichstellung erreicht wurde; darunter 9%, die sagen, dass Gleichstellung der Geschlechter in der Politik auf jeden Fall erreicht wurde[130].

Diese prozentualen Angaben machen deutlich, dass es Unterschiede zwischen Meinungen von Frauen und Männern gibt. Sie zeigen aber auch, **dass es an Wissen über das**

[128] EC, Spezial-Eurobarometer 465 - Gleichstellung der Geschlechter 2017 - Gleichstellung der Geschlechter, Stereotype und Frauen in der Politik, Juni 2017, S. 15
[129] Ebenda, S. 17
[130] Ebenda, S. 2

derzeitige Geschlechterverhältnis in der Politik mangelt. Bei der Frage, ob es mehr Frauen in politischen Entscheidungspositionen geben sollte, geben Frauen mit einer deutlich höheren Wahrscheinlichkeit an, dass es mehr Frauen in politischen Entscheidungspositionen geben sollte (62%)[131]. **Insgesamt sind die Befragten** (ohne Unterscheidung nach Geschlechtern) **mehrheitlich der Ansicht (54%), dass es mehr Frauen in politischen Entscheidungspositionen geben sollte.**

In Bezug auf Entscheidungsprozesse **sind fast sieben von zehn Befragten der Meinung, dass Frauen eher als Männer dazu neigen, sich bei Entscheidungen von ihren Gefühlen leiten zu lassen** (69%), und 25% stimmen dem voll und ganz zu. Das trifft mit Ausnahme von Schweden auf alle Mitgliedsländer zu, wo die Mehrheit der Befragten glaubt, dass Frauen eher als Männer dazu neigen, sich bei Entscheidungen von ihren Gefühlen leiten zu lassen[132].

Befragt nach der Rolle von Frauen und Männern **gaben 44% der Befragten an, dass die wichtigste Rolle einer Frau darin bestehe, sich um ihr Heim und ihre Familie zu kümmern. Insgesamt 17% stimmten dem voll und ganz zu.** 43% der Befragten sind der Meinung, dass die wichtigste Rolle eines Mannes darin besteht, Geld zu verdienen, wobei 16% dieser Auffassung voll und ganz zustimmen[133].

Dabei zeigen sich jedoch **erhebliche Unterschiede zwischen den Befragten in den einzelnen Mitgliedsstaaten**: In Ungarn (87%), der Tschechischen Republik, in der Slowakei, in Bulgarien und Lettland (jeweils 83%) ist die Zustimmung zu dieser Aussage am stärksten, verglichen mit 47% in Schweden, 53% in Spanien und 57% in Frankreich[134].

„Fast sieben von zehn Befragten meinen, dass Frauen eher als Männer dazu neigen, sich bei Entscheidungen von ihren Gefühlen leiten zu lassen“

Diese Ergebnisse belegen, dass in den Köpfen der EU-Bürgerinnen und -Bürger Geschlechterstereotype noch immer vorherrschend sind. Geschlechterstereotype sind die eigentliche Ursache für die Diskriminierung von Frauen. Deshalb muss viel mehr getan werden, um diese Ansichten zu bekämpfen und EU-Bürger über den Wert von Gleichstellung aufzuklären. Für die Erreichung von Gleichstellung der Geschlechter ist die Beseitigung von Geschlechterstereotypen notwendig. Der Weg zu Parität würde bedeuten, mehr Frauen in Machtpositionen zu bringen und die Spielregeln zu ändern. Somit könnten auch die derzeitigen stereotypen Ansichten von Frauen und Männern geändert werden.

[131] Ebenda.
[132] Ebenda, S. 5
[133] Ebenda
[134] Ebenda, S. 6

2. Chancen

a. Verpflichtungen der EU

In Teil I wurde erklärt, dass die Gleichstellung der Geschlechter ein Grundwert der EU ist, verankert in ihren Verträgen. Um diesen Wert Realität werden zu lassen, wurden verschiedene gesetzgeberische und politische Maßnahmen beschlossen. Bei einigen dieser Maßnahmen ging es um Geschlechterparität in Entscheidungsprozessen.

Das konkrete Vorhaben der EU, Frauen in Entscheidungsprozesse stärker einzubinden, startete in den 90er Jahren[135]. Die wichtigsten Dokumente zum Thema Geschlechtergleichstellung waren das „Dritte Aktionsprogramm zur Chancengleichheit von Männern und Frauen 1991-1995“[136], das die Gründung des *Europäischen Netzwerks von Frauen in Führungspositionen in der Politik und der Wirtschaft* möglich machte[137], die Entschließung des Rates über die ausgewogenen Mitwirkung von Frauen und Männern am Entscheidungsprozess von 1995[138] und die Empfehlung des Raters von 1996[139]. Letztere räumte ein, dass „Frauen in den Entscheidungsorganen im politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Bereich nach wie vor unterrepräsentiert sind“, und dass „**die ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern am Entscheidungsprozess ein Gebot der Demokratie ist**“. Den Mitgliedsstaaten wurde empfohlen, positive Maßnahmen zur Verbesserung der ausgewogenen Repräsentanz beider Geschlechter zu ergreifen.

Erst vor kurzem hat der Europäische Rat in 2015 die „Schlussfolgerungen des Rates zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Entscheidungsprozessen“ beschlossen[140]. Die Einbindung von Frauen in Entscheidungsprozesse ist ebenso Teil des Europäischen Paktes für die Gleichstellung der Geschlechter 2011-2020[141].

Sowohl das EP als auch die Europäische Kommission haben Maßnahmen zur Geschlechterausgewogenheit bei politischen Entscheidungsprozessen beschlossen.

In Bezug auf das EP ist die 2012 beschlossene Entschließung zu Frauen in politischen Entscheidungsprozessen das wohl wesentlichste Dokument[142]. Die Mitgliedsstaaten und die Europäische Kommission werden aufgefordert, mehr für Parität

„Das konkrete Vorhaben der EU, Frauen in Entscheidungs-prozesse stärker einzubinden, startete in den 90er Jahren“

[135] Olander, Louise, “Women in power: to what extent has EU action to improve equal part sion-making been successful? What (if anything) should be done to improve the status qu
[136] Entschließung des Rates vom 21. Mai 1991 zum dritten mittelfristigen Aktionsprogramm Chancengleichheit von Frauen und Männern (1991-1995)
[137] Diese Gruppe organisierte das 1. Europäische Gipfeltreffen “Frauen in Führungspositio Athen angenommen wurde. Das Hauptziel war, an der Verbesserung der geschlechterspe Reoräsentanz innerhalb der EU zu arbeiten.
[138] Entschließung des Rates vom 27. März 1995 über die ausgewogene Mitwirkung von Fr Beschlussfassung
[139] Empfehlung des Rates vom 2. Dezember 1996 über die ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern am Entscheidungsprozess (96/694 / EG)
[140] Europäischer Rat, Schlussfolgerungen des Rates zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Bereich der Beschlussfassung, (14325/15), 2. Dezember 2015
[141] Europäischer Rat, Europäischer Pakt des Rates für die Gleichstellung der Geschlechter 2011-2020 (2011 / C 155/02).
[142] EP, Entschließung vom 13. März 2012 zu Frauen in politischen Entscheidungsprozessen: Qualität und Gleichstellung (2011/2295 (INI)), P7TA (2012) 0070, 2012

bei EP-Wahlen zu tun, indem beispielsweise Geschlechterquoten für die EP-Wahllisten festgelegt werden. Gegenwärtig läuft der Prozess zur Veränderung des Wahl-Aktes von 1976[143]. Das EP hatte vorgeschlagen, die Forderung nach Gleichstellung der Geschlechter auf den Listen der für das EP zu wählenden Kandidatinnen und Kandidaten aufzunehmen. „Die Kandidatenlisten für die Wahlen zum EP müssen die Gleichstellung der Geschlechter sichern", lautete die vom EP vorgeschlagene Formulierung. Doch der Europäische Rat hat dies in seinem Beschlussentwurf nicht aufgenommen. **Er hat demzufolge die Festlegung für geschlechterausgewogene Wahllisten nicht berücksichtigt.** Das ist eine entgangene Chance für die Förderung eines Systems der paritätischen Demokratie.

Die Europäische Kommission räumte ein, dass die Entschließung des Rates von 1996 ungenügend umgesetzt wurde. Das führte dazu, dass 2004 eine Datenbank eingerichtet wurde, um den Mangel an Vergleichsdaten zu Frauen und Männern in Entscheidungsprozessen auf EU-Ebene zu beheben[144]. Die verbesserte Repräsentanz von Frauen in Entscheidungsprozessen ist eines der Hauptanliegen im Dokument „Strategisches Engagement für die Gleichstellung der Geschlechter 2016-2019" der Europäischen Kommission.

Wie bereits darauf hingewiesen, hat sich die Europäische Kommission das Ziel gestellt, das Geschlechterverhältnis in ihren Einrichtungen zu verbessern. Verschiedene Kommissions-Präsidenten, so auch der derzeitige Präsident Jean-Claude Juncker, haben die Mitgliedsstaaten **aufgefordert, mehr Kandidatinnen für die Posten der Kommissare und ihrer Kabinette vorzuschlagen**[145]. Nach den EP-Wahlen wird der Präsident der Kommission als Spitzenkandidat vom Rat nominiert und vom EP gewählt. Der Ratspräsident wird vom Europäischen Rat gewählt. Das Kollegium der Kommissare wird ebenfalls erneuert; die Kandidatinnen und Kandidaten werden von den Mitgliedsstaaten nominiert und vom EP bestätigt. Da es keine Bestimmungen gibt, die die Mitgliedsstaaten verpflichten, Kandidaten beider Geschlechter vorzuschlagen, muss **das neu gewählte paritätische Parlament starken Druck ausüben, damit bei diesen hochrangigen politischen Posten Geschlechterausgewogenheit beachtet wird.**

„Es braucht verbindlichere gesetzgeberische Maßnahmen der EU, um Geschlechter-ausgewogenheit in der Politik zu sichern"

Die genannten Instrumente der verschiedenen EU-Einrichtungen verdeutlichen das Engagement **der EU, auf die derzeitige Unausgewogenheit der Geschlechter bei Entscheidungsprozessen zu reagieren**. Unabhängig davon kann und muss die EU viel mehr tun, dieses Engagement zu verstärken und Parität wirklich durchzusetzen. Die EU muss von

[143] Rechtsakt über die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments mit direktem allgemeinen Wahlrecht im Anhang zum Beschluss 76/787 / EGKS, EWG, Euratom des Rates vom 20. September 1976
[144] Olander, a.a.O.
[145] Z.B. Kommissionspräsident Prodi. Olander, ebenda, S. 8

einer „Gleichstellungs-Rhetorik“ und einer „Gleichstellungs-Förderung“ weg hin zu „Gleichstellungs-Garantien oder positiver Diskriminierung“[146].

Im Sinne von Olanders These sollte die EU weiterhin „flexible“ Instrumente, wie Datenerhebung, Bewusstseinsbildung und Unterstützung von Zivilgesellschaft und NROen nutzen[147]. Gleichzeitig sollte sie aber auch „härtere“ Instrumente einsetzen. Dazu gehören: 1) **Nutzung von strikten gesetzgeberischen Maßnahmen, wie die nach 1996 angenommene neue Empfehlung des Rates** und die Neuauflage der Empfehlung von 2015 an die Mitgliedsstaaten, bei Wahlen Quoten nach dem Reißverschluss-System einzuführen. Auch Intersektionalität sollte beachtet werden, um die derzeitige Unterrepräsentanz von Minderheiten angehörenden Frauen zu verbessern[148]. 2) **Die EU sollte Vorbild sein** und die Verbesserung der Geschlechterausgewogenheit in ihren eigenen Institutionen als Priorität festlegen. **Die EU sollte die Mitgliedsstaaten auffordern, jeweils eine Frau und einen Mann als Kandidatin bzw. Kandidaten für die Kommission 2019 zu nominieren** (entsprechend der Empfehlung des Beratenden Ausschusses für Chancengleichheit von Frauen und Männern[149]). Und es sollte durchgesetzt werden, dass das EP seine Machtposition nutzt, um gegen Mitgliedsstaaten, die dieser Empfehlung nicht Folge leisten, Sanktionen zu verhängen[150]. 3) **Unterstützung für die Nominierung von Frauen für Spitzenpositionen**, beispielsweise durch die Schaffung einer starken Monitoring- und Netzwerk-Infrastruktur[151]. In Anbetracht der Verbreitung von Vorurteilen und Geschlechterstereotypen ist die **Umsetzung einer ganzheitlichen EU-Geschlechterpolitik**, die in Ergänzung von paritätischer Demokratie Themen wie Geschlechterstereotype, Bildung, Gewalt gegen Frauen und andere Themen auf die Tagesordnung setzt, notwendig[152]. Wie Olander ausführt, ist das jetzige Strategische Engagement ein Schritt zurück vom vorhergehenden Aktionsprogramm – beide bereits erwähnt -, weil es kein rechtsverbindliches internes Kommissions-Dokument ist, das keine zwingenden Maßnahmen zur Umsetzung enthält[153]. Die EU sollte Geschlechter-Politik ernst nehmen und wieder **eine solide Politik a**uf diesem Gebiet betreiben. Schließlich sollte eine **spezifische Gender-Haushaltslinie** eingerichtet werden.

Im Sinne der von der EU geschaffenen Möglichkeiten und der bevorstehenden Wahlen können diese Anregungen und Vorschläge dazu beitragen, den Weg hin zu paritätischer Demokratie zu ebnen und die Gleichstellung der Geschlechter zu verbessern.

---

[146] Olander, ebenda, S. 13
[147] Olander, ebenda, S. 8
[148] Olander, ebenda, S. 14
[149]Dieser beratende Ausschuss „unterstützt die Europäische Kommission bei der Formulierung und Durchführung von Aktivitäten zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern“. EIGE: https://eige.europa.eu/men-and-gender-equality/methods-and-tools/european-union/activity-advisory-committee-equal-opportunities-women-and-men
[150] Olander, ebenda, S. 14
[151] Olander, a.a.O.
[152] Olander, ebenda
[153] Olander, ebenda, S. 15

b. Neue Geschlechterquoten

Zwei Mitgliedsstaaten haben neue bzw. modifizierte Geschlechterquoten, die bei den EP-Wahlen im Mai 2019 angewandt werden, beschlossen: Kroatien und Italien.

Die Anwendung neuer Geschlechterquoten in Kroatien[154] führte zu einer deutlichen Erhöhung des prozentualen Anteils von Kandidatinnen: von 28% bei den Kommunalwahlen 2013 auf 42% in 2017 (obwohl bei 14% der Wahllisten keine Geschlechterquoten angewandt wurden[155]). Kroatien erzielte den höchsten prozentualen Anteil bei Kommunal- und Regionalwahlen. Trotzdem ist der gegenwärtige Anteil weit davon entfernt, in Bezug auf die Geschlechter ausgeglichen zu sein, weil der Frauenanteil in Kreistagen nur 27% und in Stadt- und Gemeindevertretungen nur 25% beträgt. **Der Fall Kroatien macht deutlich, dass die formale Anwendung von Geschlechterquoten nicht automatisch zu einer tatsächlich ausgewogenen Repräsentanz der Geschlechter führt. Ursache ist das Fehlen von Regelungen für die Plazierung auf der Wahlliste[156].** Die Einführung und Anwendung der kroatischen Geschlechterquoten bei den kommenden EP-Wahlen ist zu begrüßen. Indessen wird ihre Wirksamkeit wegen fehlender Festlegungen für die Reihenfolge der Geschlechter auf den Wahllisten gemindert. „In der Praxis hängen die Chancen von Frauen, gewählt zu werden, mehr von ihrem Platz auf den Wahllisten als von der formalen Anwendung von Geschlechterquoten ab“[157].

Italien beschloss 2014 eine neue Maßnahme[158], der zufolge jede dritte Stimme nicht gezählt wird, wenn die Wähler nicht mindestens[159] einen Kandidaten jedes Geschlechts gewählt haben. Für 2019 will Italien eine wesentliche Änderung vornehmen: es sollen paritätische Listen eingeführt werden (jeder 2. Platz für das andere Geschlecht statt wie bisher jeder 3.). Und die Wähler sollen aufgefordert werden, Kandidaten beiderlei Geschlechts zu wählen, damit ihre Stimme voll und ganz berücksichtigt werden kann[160]. Letzteres bedeutet, dass die Regelungen verschärft wurden, um Geschlechterausgewogenheit zu garantieren[161]. **Die gesetzgeberischen Maßnahmen in Kroatien und Italien können positive Auswirkungen auf die Anzahl der in beiden Ländern gewählten weiblichen EP-Abgeordneten haben.** Es bleibt abzuwarten, wie die Ergebnisse aussehen.

---

[154] Kroatien hat im Jahr 2008 die Anforderung von Listen mit einem ausgewogenen Verhältnis zwischen den Geschlechtern in sein Gleichstellungsgesetz aufgenommen. Aufgrund der schrittweisen Einbeziehung der gesetzlich vorgeschriebenen Bewerberquoten ist die Anforderung der Geschlechterquote (von 40% für jedes Geschlecht) für die Wahlen des EP nur im nächsten Jahr, in 2019 rechtlich durchsetzbar. Als die Geschlechterquote vor zehn Jahren erstmals festgelegt wurde, gab es weder Regeln für die Reihenfolge und den Listenplatz noch Sanktionen für die Nichteinhaltung. Die linksgerichtete Koalition verbesserte diese positiven Maßnahmen durch die Änderung des Wahlgesetzes im Jahr 2014, indem Kandidatenquoten von 40% ohne Rangordnung, jedoch mit strengen Sanktionen (ungültige Listen für die Nichteinhaltung von Vorschriften) erlassen wurden. Das Verfassungsgericht hob jedoch die Sanktionen auf. (Quelle: EP, Gleichstellungspolitik in Kroatien-Update, 2017)
[155] EP, Gleichstellungspolitik in Kroatien-Update, 2017
[156] EP, 2017, a.a.O.
[157] EP, 2017, a.a.O.
[158] Italien hatte bereits bei den EP-Wahlen 2004 und 2009 Auflagen für geschlechterausgewogene Listen (1/3 für jedes Geschlecht). (Quelle: EP, Auf einen Blick - Frauen in Parlamenten, 2017)
[159] EP, 2017, a.a.O.
[160] EP, 2017, a.a.O.
[161] Dona, Alessia, Workshop on “Legal Struggles and Political Mobilization around Gender Quotas in Europe”, Florence, September 2014

c. Zivilgesellschaftliche Bewegungen

Letztendlich wird es ohne den Druck einer starken Frauenbewegung keine Veränderungen geben. **Aufgrund zivilgesellschaftlicher Bewegungen, inspiriert von der weltweiten #MeToo Bewegung, bieten sich heute erhebliche Chancen für die Förderung paritätischer Demokratie in der EU.** Es ist in der Tat so, dass sich eine Protestwelle gegen den von Beobachtern festgestellten Rückschritt im Bereich von Geschlechtergleichstellung und Frauenrechten entwickelt hat und neue Frauenbewegungen entstanden sind. Proteste gegen die Anti-Abtreibungsgesetze in Polen und der Frauenstreik am 8. März in Spanien sind nur einige Beispiele für **die verstärkte soziale Mobilisierung für Geschlechtergleichstellung in der EU und in ihren Mitgliedsstaaten.** Die Institutionen sowohl der EU als auch der Mitgliedsstaaten, politische Parteien und andere Akteurinnen und Akteure müssen auf die zunehmenden sozialen Forderungen, die immer dringlicher werden, reagieren. Die Verwirklichung paritätischer Demokratie ist die Antwort auf die Bedürfnisse der Gesellschaft und führt zur Erreichung substantieller Geschlechtergleichstellung in der EU.

„Die Europäische Gesellschaft fordert mehr Geschlechtergleichstellung – die EU-Einrichtungen müssen auf dieses

Wir brauchen die Analyse möglicher Herausforderungen und Chancen, denen sich die EU auf dem Weg hin zu paritätischer Demokratie bei den EP-Wahlen 2019 gegenüber sieht. Nur so können wir identifizieren, in welchen Bereichen und wie wir uns für mehr Geschlechtergleichstellung in der EU engagieren müssen. Und schließlich ist es von noch größerer Bedeutung, darüber nachzudenken, was für eine EU wir wollen und wie wir uns die Zukunft der EU vorstellen.

WIE SIEHT DIE ZUKUNFT FÜR EUROPA AUS?

Mit der vorliegenden Analyse haben wir das Konzept der paritätischen Demokratie im derzeitigen Kontext der EU untersucht. Die Analyse hat aufgezeigt, warum paritätische Demokratie für die EU von Bedeutung ist und weshalb die EU und paritätische Demokratie für Frauen und Geschlechtergleichstellung genauso wichtig sind. Ausgehend von der Analyse des gegenwärtigen Zustandes und der Herausforderungen und Chancen für Geschlechterausgewogenheit in der EU und im EP 2019, enthält das Strategiepapier einige Anregungen und Empfehlungen, um Parität zu erreichen.

Europa steht vor alten und neuen Herausforderungen (wie z.B. Populismus und zunehmende Ungleichheiten, Zerstörung seiner Einheit, Demokratieverdrossenheit, Infragestellung seiner Legitimität …) und muss auf die Forderungen seiner Bürger nach mehr Geschlechtergleichstellung reagieren. **Die schrittweise Einführung eines Systems der paritätischen Demokratie würde die EU befähigen, neue Lösungen zu finden, auf soziale**

Bedürfnisse zu reagieren und ihre Bürgerinnen und Bürger besser zu vertreten. Der Weg zu paritätischer Demokratie, die das Prinzip der Gleichstellung von Frauen und Männern als eine allererste Notwendigkeit einschließt, **führt zur Veränderung der Art und Weise, wie wir denken und wie wir Demokratie in der EU und in den Mitgliedsstaaten handhaben.** Ohne Gleichstellung von Männern und Frauen als politische Voraussetzung für die Grundprinzipien des politischen Systems, so wie das Prinzip des allgemeinen Wahlrechts und das der Gewaltenteilung, ist wirkliche Demokratie letztendlich nicht möglich[162]. Laut Eliane Vogel-Polsky würde paritätische Demokratie die Gestaltung eines neuen Gesellschaftsvertrages bedeuten; eines Vertrages, in dem Frauen und Männer gleichen Status, gleiche Werte und gleiche Verantwortung in der Gesellschaft haben[163].

„Paritätische Demokratie führt zur Veränderung der Art und Weise, wie wir denken und wie wir Demokratie in der EU handhaben“

Die EP-Wahlen im Mai 2019 sind ein wichtiger politischer Moment, um einen Schritt auf dem Weg hin zu einem System der paritätischen Demokratie zu gehen. Sowohl die EU als auch ihre Bürgerinnen und Bürger werden von mehr Geschlechterausgewogenheit im EP und im gesamten Verwaltungssystem der EU profitieren. Wie Simone Veil erklärt hat, „liegt Europas Schicksal und die Zukunft der freien Welt in unseren Händen“[164].

In der Tat, **die Zukunft Europas liegt in unseren Händen**, und es ist an uns, sie zu gestalten. Was für ein Europa stellen Sie sich vor? Wo sehen Sie die EU in 5, 10, 15 Jahren? **Und wo stehen Frauen im künftigen europäischen Kontext?** Die EU ist ein politischer Raum, den die Bürgerinnen und Bürger gestalten können, und wo sie letztendlich einen Beitrag zur Gestaltung einer besseren Politik und eines besseren Lebens leisten können und sollten**.**

EINIGE EMPFEHLUNGEN

In Anbetracht der in diesem Strategiepapier vorgenommenen Analyse und im Hinblick auf die EP-Wahlen in Mai 2019 wird im Folgenden eine Liste von Empfehlungen für den Weg hin zu paritätischer Demokratie aufgeführt.

1. Praktische Empfehlungen

Die Empfehlungen sind darauf gerichtet, das derzeitige Geschlechterverhältnis im EP zu verbessern und die seit den EP-Wahlen 1999 beobachtete Stagnation in Bezug auf die Anzahl weiblicher EP-Abgeordneter (auch von der EU selbst bestätigt) zu verhindern.

[162] Sledziewski, É., in Gubin, Eliane “Eliane Vogel-Polsky, une femme de conviction”, Institut pour l’égalité des femmes et des hommes, 2007, S. 123
[163] Ebenda, S.124
[164] Zitat von Simone Veil in einer Rede in 1982

- Gesetzgeberische Maßnahmen stärker nutzen, wie die neue Empfehlung des Rates, die an die von 1996 anschließt, und die Empfehlung von 2015 an die Mitgliedsstaaten, für Wahlen Geschlechterquoten und spezielle Quoten nach dem Reißverschluss-System zu beschließen, bestätigen. Quoten sollten auch Regelungen für die Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten und strikte Sanktionen bei Nichteinhaltung beinhalten. Nur so kann ihre Wirksamkeit gesichert werden. Auch Intersektionalität sollte einbezogen werden, um die derzeitige Unterrepräsentanz von Minderheiten angehörenden Frauen zu verbessern.
- Sichern, dass die strikten Forderungen nach paritätischer Demokratie im EP auch Anwendung finden bei der Ernennung hochrangiger Positionen in anderen EU-Einrichtungen, wie des Kommissions- und Ratspräsidenten, des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, des Präsidenten der Europäischen Zentralbank u.a. In allen Entscheidungsprozessen in der EU, einschließlich bei Management- und Leitungspositionen, muss Geschlechterausgewogenheit erreicht werden. Insbesondere müssen die Mitgliedsstaaten aufgefordert werden, jeweils eine Frau und einen Mann als Kandidaten für die Kommission 2019 zu nominieren (entsprechend der Empfehlung des Beratenden Ausschusses für Chancengleichheit von Frauen und Männern). Es muss durchgesetzt werden, dass das EP seine Machtbefugnisse nutzt, um gegen Mitgliedsstaaten, die diese Empfehlung nicht umsetzen, Sanktionen zu verhängen.
- Abbauen der erheblichen Unterschiede beim prozentualen Anteil der weiblichen EP-Abgeordneten, die in den jeweiligen Mitgliedsstaaten gewählt werden. Vorrangige Einleitung von Maßnahmen in den 10 Mitgliedsstaaten, in denen der Anteil weiblicher Abgeordneter unter 33% liegt. Derzeit sind dies Litauen, Zypern, Ungarn, Polen, die Tschechische Republik, Griechenland, Belgien, Bulgarien, die Slowakei und Rumänien.
- Einrichten von mehr Verhältniswahlsystemen und von möglichst mehr Sitzen pro Wahlbezirk. In Mitgliedsstaaten mit Mehrheitswahlsystem sollen konkrete Anstrengungen unternommen werden, damit beide Geschlechter gleichermaßen vertreten sind.
- Politische Parteien können selbstauferlegte Quoten und Maßnahmen zur Sicherung des Frauenanteils auf den Wahllisten und eines hohen Listenplatzes für Frauen beschließen. Sie können Kandidatinnen außerhalb der traditionellen politischen Strukturen suchen und die Auswahlkriterien für Kandidaten überprüfen, um jegliche Voreingenommenheit zu vermeiden. Sie müssen die geschlechtergerechte Zusammensetzung der Ausschüsse und die gleiche Verteilung der Mittel für Wahlkampagnen sowohl von Kandidatinnen als auch von Kandidaten sichern.
- Verteidigen von Geschlechtergleichstellung (und Geschlechterausgeglichenheit insbesondere) gegenüber allen Akteurinnen und Akteuren des politischen Spektrums. Unabhängig davon, um welche politische Ideologie oder um welche Akteurin oder welchen Akteur es sich handelt, muss immer daran erinnert werden, dass Geschlechtergleichstellung ein Prinzip und ein gemeinsamer Wert der EU ist und aus diesem Grunde Maßnahmen zu ihrer Förderung notwendig sind. Gleichermaßen sollten

nationale und europäische Parteien die Förderung von Geschlechtergleichstellung als Ziel in ihr politisches Programm oder ihr Manifest aufnehmen und es bei der Themensetzung ihrer Agenda vorrangig behandeln.

- Für Kandidatinnen, die sich für ein Amt zur Wahl stellen, sollte Unterstützung, Förderung und Bestätigung als auch größere Unterstützung außerhalb der Parteien verstärkt werden. Maßnahmen zur Unterstützung von Frauen, die für das EP kandidieren, beinhalten Befähigung, Sponsoring, Mentoring und Schaffung eines starken Netzwerkes, das Kandidatinnen fördert.
- Sicherung einer fairen Berichterstattung über Kandidatinnen und Politikerinnen in den Medien sowohl im Hinblick auf den Zeitpunkt als auch auf den Inhalt (keine unverhältnismäßige Schwerpunkt-Berichterstattung über persönliche Eigenschaften und die äußere Erscheinung der Frauen). Thematisierung der stereotypen Darstellung von Kandidatinnen und Politikerinnen in den Medien durch Monitoring und Verhängung von Sanktionen gegen sexistische Berichterstattung. Positive Darstellung von Kandidatinnen und Politikerinnen, um mehr Frauen als Kandidatinnen zu gewinnen und stereotype Meinungen über Frauen in der Politik zu verändern.
- Information und Sensibilisierung der EU-Bürgerinnen und Bürger im Hinblick auf die derzeitige Unterrepräsentanz von Frauen im EP und in den Parlamenten der Mitgliedsstaaten.

2. Allgemeine Empfehlungen

- Umsetzung einer ganzheitlichen und soliden EU-Gleichstellungspolitik, die in Ergänzung zu paritätischer Demokratie Themen wie Geschlechterstereotype, Bildung, Gewalt gegen Frauen, horizontale und vertikale Segregation des Arbeitsmarktes, Wertschätzung für Betreuungstätigkeiten und andere Fragen angeht. Insbesondere die Aufwertung des gegenwärtigen *Strategischen Engagements für Geschlechtergleichstellung* und die Annahme eines verbindlichen und rechenschaftspflichtigen Instruments, um Geschlechtergleichstellung voranzutreiben.
- Fortsetzung der geschlechterspezifischen Datenerhebung zur Situation von Frauen in unterschiedlichen Bereichen. Verstärkte Unterstützung für die existierenden europäischen Gremien, die sich mit Geschlechtergleichstellung befassen, wie EIGE. Erhöhung der Mittel für europäische und nationale Stellen, die sich mit Geschlechtergleichstellung beschäftigen.
- Auseinandersetzung mit Kräften, die antiliberale, antidemokratische und antifeministische Werte vermitteln und in diesem Sinne Aktionen in der EU durchführen. Nur so können die gemeinsamen Werte, die Grundprinzipien und die Demokratien bewahrt werden.

- Verbreitung des strategischen Nutzens der Erhöhung der Anzahl von Frauen in politischen Entscheidungspositionen, damit sich auch andere Akteure für ein System der paritätischen Demokratie einsetzen.
- Annahme von gesetzgeberischen Maßnahmen, um die Unterrepräsentanz von Frauen in Macht- und Entscheidungspositionen in allen Bereichen, unter anderem im Finanzwesen, in der Wissenschaft, in Unternehmen, in der Politik und in der Justiz zu verhindern. *Der Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften* ist ein positives Beispiel der Bemühungen der EU. Sie sollte weitere Anstrengungen unternehmen, um Geschlechterausgewogenheit zu gewährleisten und Geschlechtergleichstellung in allen wichtigen Führungs- und Leitungsgremien zu fördern.
- Stärkung des Interesses von Frauen an der EU und ihrer Beteiligung an den EP-Wahlen durch Gestaltung von Politik, die Themen von besonderem Interesse für Frauen aufgreift, wie Kinderbetreuung, sexuelle und reproduktive Gesundheit, Handelsabkommen und andere Vereinbarungen, die Geschlechtergleichstellung berücksichtigen sollten. Dazu gehört auch das Thema der einvernehmlichen sexuellen Handlungen im Rahmen der Gesetzgebung zu Sexualdelikten, die nicht-stereotype Bildung in der Schule und in anderen Einrichtungen…
- Einrichtung einer spezifischen Gender-Haushaltslinie und geeigneter institutioneller Gremien in der Europäischen Kommission: eine Kommissarin für Geschlechtergleichstellung, eine Gruppe von Kommissarinnen und Kommissaren zur Überwachung von Gender Mainstreaming.
- Schaffung von verbindlichen Instrumenten zur Einbeziehung von Geschlechtergleichstellung in alle Politikbereiche der EU, einschließlich in den Haushalt (Gender Budgeting) und in die Wirtschaftspolitik.
- Die Mitgliedsstaaten sollten die Einbeziehung von Geschlechtergleichstellung in ihre nationalen Politikfelder offiziell beschließen.

Dieses Dokument wurde im englischen Original im November 2018 veröffentlicht
und im Februar 2019 übersetzt / Übersetzerin ins Deutsche: Brigitte Triems

Gleichstellung
weiterdenken

Gefördert mit Mitteln der Geschäftsstelle:
Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm
der Senatsverwaltung für Gesundheit,
Pflege und Gleichstellung Berlin.